38. Jahrgang | Bochum, den 27. Februar 1926 | Nummer 9

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65 | Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg. | Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38 42 | Telephon-Nummern: 4300, 4301 Telegramm: Altverband Bochum

Wirtschaftspolitische Kannegießerei.

Rosterg und die Wirtschaftsdiktatur.

In unserer Nr. 4 vom 23. Januar 1926 rückten wir unter der Ueberschrift: „Unfähige Wirtschaftsführer" den Generaldirektor des Wintershallkonzerns, Herrn August Rosterg, der im allgemeinen Chorus der industriellen Rufer nach dem Wirtschaftsdiktator eine ganz besonders dicke Baßgeige strich, etwas ins rechte Licht. Rosterg versuchte in der „Bergwerks-Zeitung" nachzuweisen, daß die deutsche Wirtschaft einen „Wirtschaftsdiktator" brauche, der, mit besonderen Befugnissen ausgestattet, alle „sozialen Hemmungen" beseitigen müsse! Vor allem aber sei eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig, um die Wirtschaftsnot zu überwinden.

In dem schon genannten Artikel zeichneten wir das Konterfei dieses Kalikönigs und zeigten, wie wenig gerade Herr Rosterg berufen ist, seine Rezepte auf dem Markte auszurufen. Wir schrieben unter anderem:

„Herr Generaldirektor Rosterg ist seit ca. zwei Jahrzehnten Führer des Wintershallkonzerns. Er gehört zu jenen Industriellen der Kaliindustrie, die ziel- und planlos Kalischächte abgeteuft und in Betrieb gesetzt haben. Ihm vor allen Dingen ist die Gründung der elsässischen, jetzt Frankreich gehörenden Kaliwerke zuzuschreiben. Vielleicht erinnert sich Frankreich noch einmal dieses Pioniers der französischen Kaliindustrie und dekoriert diesen unbezahlbaren Schrittmacher französischer Interessen mit dem Kreuz der Ehrenlegion. **Es kann also nicht behauptet werden, daß Herr Rosterg mit seiner Gründerwirtschaft in der Kaliindustrie die Interessen der deutschen Wirtschaft wahrgenommen hat. Er selbst hat dafür den besten Beweis geliefert, indem er jetzt Dutzende von Kaliwerken stillgelegt, Tausende von Arbeitern und Angestellten entlassen und Hunderte von Gemeinden an den Rand des Verderbens gebracht hat,** ganz abgesehen von den weiteren Auswirkungen der Uebergründung in der Kaliindustrie."

Die hahnebüchenen Schlußfolgerungen Rostergs in dem betreffenden Artikel der „Bergw.-Ztg." riefen nicht nur uns, sondern neben einer Reihe anderer Zeitungen auch sogar den Statistiker des Zechenverbandes, Herrn Dr. Jüngst, auf den Plan. Dieser faßt seine Ausführungen, die ebenfalls in der „Bergw.-Ztg." abgedruckt wurden, zusammen in die Schillerworte aus „Wallensteins Tod": „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

Dieser massive Backenstreich zeigt, daß Rosterg, der sich selbst anpreisende Wirtschaftsdiktator, sehr schnell den berühmten Schritt von seiner Talmi-Erhabenheit zur allseitig erkannten Lächerlichkeit gemacht hat.

Trotz der derben Zurechtweisungen erhebt Rosterg aufs neue sein Pappschwert und kämpft, gleich dem weltberühmten Ritter von der traurigen Gestalt, Don Quijote, gegen die Windmühlenflügel plattester Selbstverständlichkeiten an. Unter der Ueberschrift: „Der Streit um die Arbeitszeit" schreibt sich Rosterg in der „Bergw.-Ztg." vom 16. Februar 1926 seinen Zorn vom Herzen und sucht zu retten, was nicht mehr zu retten ist, nämlich — sein Ansehen als ernst zu nehmender Wirtschaftsführer. Rosterg versucht manche seiner früheren Ausführungen in dem zweiten Artikel zu bemänteln und als harmlos hinzustellen. Er ist sehr bescheiden geworden und freut sich schon darüber, daß „die Linkspresse sich wenigstens für den Artikel interessiert hat"; und das will schon allerhand heißen bei einem Wirtschaftsgewaltigen wie August Rosterg! Im übrigen schreibt Rosterg:

„Von persönlichen Gehässigkeiten der Erwiderungen sehe ich ganz ab; ich bedaure nur, daß diese Blätter mir nicht wenigstens die bona fides zusprechen."

Rosterg beklagt sich also darüber, daß ihm nicht wenigstens der gut Glaube zugesprochen wurde. Die Arbeiterschaft sollte also tölpelhaft genug sein, sich das Nessushemd einer Wirtschaftsdiktatur nach dem Rezept Rostergs im guten Glauben an die guten Vorsätze der blütenweißen Unschuldslämmer im Kreise der heutigen Wirtschaftskapitäne überstreifen zu lassen! Die industriellen Wölfe im Unschuldspelz mögen sich beruhigen, die Arbeiter kennen nur zu gut die Weise und den Text und auch den Verfasser, um sich nicht dessen zu erinnern, was Karl Marx einmal im „Achtzehnten Brumaire" sagte:

„Wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden."

Die Vorstellungen Rostergs und die wirklichen, vorhandenen Realitäten sind so grundverschieden von einander, daß alle Pläne, die Wirtschaftsdiktatur unter einer derart zwieschlächtigen Regie durchzuführen, unbedingt abgelehnt werden müssen. Die Forderung um Anerkennung des „guten Glaubens" wirkt um so grotesker, da Rosterg in seinem Antwortartikel auch mit keiner Silbe auf die sehr realen Dinge eingegangen ist, die wir ihm in unserem Artikel vom 23. Januar 1926 zur Beantwortung vorgelegt haben.

Rosterg widerlegt nicht unseren Hinweis auf seine Freundschaft mit den Herren Dr. Hecker und Wilhelm Forthmann, den beiden Hauptfiguren im Sakaliskandal! Ueber 500 000 Goldmark verdienten diese Herren an einem Geschäft zu ungunsten der Allgemeinheit!

Rosterg widerspricht nicht unserer Behauptung, daß der Konkurrenzkampf gegen die elsässischen Werke für Deutschland hätte günstiger abgeschlossen werden können, wenn nicht die treibenden Kräfte des Wintershallkonzerns einen Kampfabbruch im Jahre 1922-23 verhindert hätten! Er widerstreitet auch nicht, daß durch diese Verzögerung des Kampfabschlusses Deutschland als Beteiligung am Weltabsatz 6 Prozent verloren hat.

Rosterg hat auch unserer Feststellung nicht widersprochen, wonach Wintershall bezw. Generaldirektor Rosterg noch niemals einen Antrag auf Kalipreisermäßigung im Reichskalirat oder im Reichswirtschaftsministerium gestellt hat. Soviel uns bekannt ist, hat er bisher nicht einmal im Kalisyndikat den Versuch gemacht, eine Herabsetzung der Kalipreise zu erreichen, und dennoch weiß natürlich Herr Generaldirektor Rosterg sehr genau, daß sich eine Herabsetzung der Preise beispielsweise in der Kaliindustrie trotz einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Lohnerhöhung sehr gut ermöglichen ließe.

Rosterg ist weiter nicht in der Lage, unsere veröffentlichte Selbstkostenberechnung von acht Werken des Wintershallkonzerns zu bestreiten, wonach die gesamten Gestehungskosten mit Lohnanteil am Verkaufspreis von einem Doppelzentner K^2O noch nicht einmal im Durchschnitt 50 Prozent betragen.

Rosterg geht auf alle diese für ihn unangenehmen Fragen überhaupt nicht ein und sucht seine oberflächliche Betrachtungsmethode mit dem Hinweis auf seine „gute Gläubigkeit" zu vertuschen. Die naive Jungfräulichkeit Rostergs auf dem Gebiete der Wirtschaftsbetrachtung ist geradezu frappierend. Nachdem er treuherzig den von ihm geforderten Wirtschaftsdiktator umschrieben hat als einen „Wirtschaftsdirektor", der freie Hand erhalten soll, ohne Einschränkung durch Parlament und Regierung die Arbeitszeit zu diktieren, kommt er zu folgendem Ergebnis:

„Ich weise noch auf die ungezählten Kräfte hin, die in total überflüssigen oder aufgeblähten Organisationen, Körperschaften und sonstwo sitzen, unproduktiv sind und die Wirtschaft verteuern. Ich betone die hochgeschraubten Lebensansprüche aller Bevölkerungskreise, auch der Arbeiter, die ebenfalls lebensverteuernd wirken."

Die Weltfremdheit Rostergs, die in diesen Zeilen zum Ausdruck kommt, ist wahrhaft zwerchfellerschütternd. Hat Herr Rosterg noch niemals gespürt, daß die „übermäßig aufgeblähten" Organisationen nirgends dichter zu finden sind als in den ureigensten Domänen der deutschen Industriellen? Weiß Herr Rosterg nicht, daß das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte im Deutschen Reiche in seinem letzten Jahrgang mehr als 3000 Seiten aufbringen muß, um alle Persönlichkeiten zu registrieren? Ist Herrn Rosterg nicht bekannt, daß zu dieser Registrierung im Jahre 1913 nur 1300 Seiten erforderlich waren?

Am 8. Juni 1925 nahm anläßlich einer Generalversammlung der „Bank für Landwirtschaft" der Vertreter der Kleinaktionäre, Geheimer Rechnungsrat Bernau, zu den hohen Verwaltungskosten dieses Instituts Stellung und zeigte dabei die typische Aufblähung dieser Organisation. Herr Bernau wies darauf hin, daß die „Bank für Landwirtschaft" allein fünf Direktoren, **von denen zwei für „tote Kaliinteressen" tätig sind,** und 37 Aufsichtsratsmitglieder zu tragen habe.

Nach statistischen Ermittelungen des Werksmeisterverbandes waren z. B. Ende 1924 in 260 der bedeutendsten deutschen Aktiengesellschaften 62 Prozent Direktoren mehr vorhanden als Ende 1913. Dabei war die Zahl der Arbeiter in den betreffenden Betrieben nur um 1,3 Prozent gewachsen.

Diese Beweise über die Inflation der Direktoren ließen sich noch zu Dutzenden erweitern. Und wenn man sich eine praktische Vorstellung machen will, wie diese Direktoren, Aufsichtsräte usw., die Sachwalter von „toten Kaliinteressen" und ähnlichen schönen Dingen mehr, eigentlich im Rahmen unserer stark belasteten Wirtschaft beschäftigt werden sollen, so denkt man unwillkürlich an den tiefgründigen Kehrreim des Bergdirektors Zwack in der Zellerschen Operette „Der Obersteiger": **„Der Bureaukrat tut seine Pflicht von neun bis eins! Mehr tut er nicht!"**

Etwas ernster wird diese ganze Angelegenheit aber, wenn der sich anpreisende Wirtschaftsdiktator Rosterg seine reaktionäre Gesinnung unter der volksfeindlichen Maske hervorschimmern läßt und die „hochgeschraubten Lebensansprüche" der Arbeiter als Ursache der Volksnot besonders hervorhebt. Eine solche Darstellung im Angesicht von über 4,5 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern muß geradezu als eine Verhöhnung der schwer leidenden Arbeiterklasse betrachtet werden. Doch auch dieses Schmähliedl Rostergs ist nicht etwa originell. Im Frühjahr 1925 gab die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Sonderschrift zur Beurteilung der Wirtschaftslage heraus, in der ein kapitalistischer Soldschreiber, Walter Funk, sich die folgenden niedlichen Sätze leistete:

„Heute, Pfingsten, sucht das arbeitende Volk in einer dreitägigen Arbeitspause Freude und Genuß an der Frühlingsschönheit der Natur. Und dabei haben wir so wenig Grund zur Freude und so sehr die Pflicht zur Besserung."

Und dabei strotzten die Vertreter der „besseren Gesellschaft", zu denen selbstverständlich vor allem auch die Direktoren und Aufsichtsräte der kapitalistischen Unternehmen gehören, geradezu vor Genuß. In den Luxusbädern attestierten überfüllte Curlisten die „Notlage der deutschen Wirtschaft". Für dieselben Pfingsttage, an denen die Arbeiter „so wenig Grund zur Freude" an der Natur und „soviel Pflicht zur Besserung" hatten, wurden allein an der Straße vom Laacher See in der Eifel nach Nieder-Mendig 4000 Luxusautomobile gezählt, in denen zum überwiegenden Teil die Vertreter der „notleidenden" Schwerindustrie mit ihrem Familienanhang saßen, und — zum Zwecke künftiger Besserung? — die Naturschönheiten des Laacher Sees zu genießen trachteten.

Es ist ganz erklärlich, daß Rosterg, der also hier in eine Kerbe haut, die durchaus schon sehr intensiv vorbearbeitet wurde, auch der Meinung ist, daß unsere Not aus der Faulheit der Arbeiter zu erklären sei. So schreibt er, bar jeder besseren Erkenntnis, frank und frei von der Leber herunter:

„Von dem geschwundenen Arbeitswillen und von dem nachgewiesenen Sinken der Leistung der Arbeiter... sagt die sozialistische Presse nichts."

Wie grobklotzig diese Behauptung Rostergs mit der Wahrheit umspringt, zeigt allein das schon von uns veröffentlichte Beispiel der Leistungssteigerung im Steinkohlenbergbau. Nach den letzten amtlichen Ermittelungen für den Monat Oktober 1925 im Gegensatz zum Oktober 1913 wurde über den Schichtförderanteil der Gesamtbelegschaften in den einzelnen Steinkohlenrevieren festgestellt, daß die Leistung im Ruhrgebiet von 100 auf 107,07, in Niederschlesien von 100 auf 104,04 und in Oberschlesien von 100 auf 109,83 gestiegen ist. Wenn man nur die Hauer und Gedingeschlepper nimmt, so stieg die Leistung in derselben Zeit im Ruhrgebiet von 100 auf 111,54, in Niederschlesien von 100 auf 101.75 und in Oberschlesien von 100 auf 112,85. Bei den letzten Verhandlungen in der Kaliindustrie wurde die Behauptung eines Vertreters des Bergarbeiterverbandes, wonach die Leistung der im Kalibergbau beschäftigten Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit um 100 Prozent gestiegen sei, auch von den dort vertretenen Kaliindustriellen widerspruchslos anerkannt.

Daß diese Entgleisung Rostergs sogar aus einer direkten materiellen Unkenntnis der wirklichen Dinge zu erklären ist, beweist folgender Satz in dem betreffenden Artikel: „Im Bergbau ist von jeher die Achtstundenschicht gewesen und damit würden wir auch vielleicht heute in der großen Not ausreichen, wenn in diesen 8 Stunden wirklich intensiv gearbeitet würde." Dieser Satz zeigt, daß es dem Leiter des größten Kalikonzerns noch durchaus not tut, sich auf den Hosenboden zu setzen, um zu studieren, wie sich die Arbeitszeit im deutschen Bergbau seit „jeher" entwickelt hat. Die Tücke, welche in der Behauptung liegt, es müßte „intensiver" gearbeitet werden, wurde schon in den vorhergehenden Zeilen charakterisiert.

Rosterg, der in der Kaliindustrie mit den rücksichtslosesten Mitteln „rationalisierte", der 90 in der Förderung befindliche Kalischächte stillegte und Tausende von Arbeitern brotlos machte, Dutzende von Gemeinden an den Rand des Verderbens brachte, läßt als Quintessenz seines Strebens folgenden werksgemeinschaftlichen und von den Gelben längst propagierten Gedanken steigen:

„Die Unternehmer sollten sich mit ihren Angestellten und Arbeitern über die Arbeitsbedingungen von Fall zu Fall auch in Deutschland verständigen. Ich bin überzeugt, daß das durchaus möglich ist. Bei derartigem Vorgehen würden wir bald die notwendigen Produktionserhöhungen und Preissenkungen auf allen Gebieten bekommen und damit wäre die Voraussetzung für eine weitere Entwicklung geschaffen."

Kalikönig Rosterg meint also, wenn er allein mit „seinen" Arbeitern und Angestellten verhandeln kann und die Gewerkschaften ausgeschaltet werden, den Stein des Weisen entdeckt, den Weg zur Lösung der durch die Kapitalgewaltigen erzeugten Wirtschaftsnot gefunden zu haben.

Zur besseren Charakteristik Rostergs sei hier daran erinnert, daß es auf Grund des 1910 im Reichstag angenommenen Reichskaligesetzes den Unternehmern anheimgestellt war, Tarifverträge abzuschließen. Herr Rosterg war damals der erste, der mit „seinen" Arbeitern einen Tarifvertrag abschloß, dessen Bedingungen über Arbeitszeit und Lohn weit schlechter waren als die im Gesetz vorgesehenen Richtlinien. So sieht die Werksgemeinschaft des Herrn Rosterg in Wirklichkeit aus!

Wenn man diese Einstellung bis zum letzten Punkt analysiert und dann als äußerstes Ueberbleibsel, als quantité négligeable, ihren genialen Träger Rosterg vor sich sieht, so weiß man wahrhaftig, warum die Wirtschaft heute noch nicht aus dem sie umgebenden Wust von Dünkelhaftigkeit und Ueberheblichkeit herauskommen kann. Nimmt man zum Schluß noch die Zauberworte dieses wirtschaftlichen Rätsellösers, Generaldirektores und Artikelschreibers zur Kenntnis: „Wir dürfen uns nicht selbst suggerieren, daß wir nicht können, sondern wir müssen mit eiserner Energie wollen, **dann wird es schon gehen**", so ist leicht zu begreifen, warum die Pose dieses wirtschaftstheoretischen Gernegroß so widerlich fad und abstoßend wirkt. Die Selbstgefälligkeit, mit der Rosterg auf die gegen seinen ersten Artikel erhobenen Widersprüche antwortete, die Unbekümmertheit, mit der er über die vorhandenen Realitäten, über alle ihm nicht genehmen Fragen hinweggeht, zeigt, daß auf ihn immer das Wort Ludwig Fuldas im „Talisman" zutreffen wird:

„Du bleibst der König — auch in Unterhosen!"

Mangelhafte Wirtschaftsführung.

Der Abbau von unten und von oben.

Der Zwiespalt zwischen wirtschaftlicher Organisation und wirtschaftlicher Führung ist das hervorstechendste Merkmal unserer heutigen Wirtschaft. Ueber den Mangel an Führertum unter den heutigen Beherrschern sind sich nicht nur die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, sondern auch namhafte Wirtschaftstheoretiker einig. So nahm kürzlich der bekannte bürgerliche Wirtschaftstheoretiker Dr. Pinner im „Berliner Tageblatt" zu den brennenden Wirtschaftsfragen Stellung und schrieb einen Artikel, der die Führungslosigkeit der heutigen „Wirtschaftsführer" in geradezu herzerfrischender Weise geißelt. Ueber den herrschenden Mangel an überlegener Wirtschaftsführung schreibt Dr. Pinner u. a.:

„Tausende von Interessenverbänden und Syndikaten veröffentlichen jahraus, jahrein Zehntausende von Denkschriften und Jahresberichten. Findet man darin einmal einen wirklichen originellen Gedanken, ein selbständiges Urteil, eine klare Anschauung von den Problemen unserer Wirtschaft, so ist das eine große Seltenheit ... In der großen Mehrzahl der Fälle enthalten die Denkschriften immer wieder dieselben Klischees, dieselben Plattheiten und manchmal sogar Schiefurteile über die allgemeine Lage, und dort, wo man wenigstens instruktives Fachmaterial statistischer Art über die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industrien finden möchte, gähnt uns entweder überhaupt ein Vakuum oder ein interessenpolitisch frisiertes Material entgegen."

In umgekehrten Verhältnissen zu dieser geistigen Verödung steht eine wahre Inflation an Direktoren, Aufsichtsratsmitgliedern, Syndici und Inhabern jener dekorativen Posten, die einen erheblichen Teil der Gewinne auffressen und in die Taschen von Vettern und Freunden fließen lassen, welche zum wenigsten Teil wirklich produktive Arbeit verkörpern. Dr. Pinner, den wir hier ausschließlich reden lassen wollen und dessen Ausführungen dazu gar keines Kommentars mehr bedürfen, schreibt darüber u. a.:

„Während die wirtschaftlichen Kreise auf allen übrigen Gebieten immer wieder mit der Forderung des Abbaues hervortreten, während sie namentlich der Arbeiterschaft und der öffentlichen Staatswirtschaft gegenüber nicht müde werden, auf eine Verringerung unproduktiver Lasten hinzudrängen, haben sie sich und uns gegenüber noch niemals die Frage mit dem erforderlichen Ernst aufgeworfen: Was kostet der Volkswirtschaft dieser übersteigerte Apparat und was schadet er? **Was wir bisher in der Wirtschaft erlebt haben, das war doch im wesentlichen der „Abbau von unten".** Der Abbau von oben, der nicht minder notwendig ist, hat bisher nur recht kärgliche Fortschritte gemacht. Der Kurswert der deutschen Aktiengesellschaften ist auf ein Drittel oder ein Viertel des Vorkriegspreises gesunken. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder hat sich im Zusammenhang damit nicht nur nicht in dem gleichen Grade verringert, sondern sie ist ganz enorm gestiegen. **Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte verzeichnet die von ihm aufgeführten Persönlichkeiten in seinem letzten Jahrgang auf mehr als 3000 Seiten gegen etwa 1300 Seiten im Jahre 1913.** Während nur ein geringer Teil der Gesellschaften in der Lage war, seinen Aktionären für die Jahre 1924 und 1925 Dividenden auszuschütten, haben sich die Aufsichtsratskollegien auch für den Fall der Dividendenlosigkeit durch Festsetzung von Mindestantiemen „angemessene" Vergütungen zu sichern verstanden. Die Zahl der Direktoren bei unseren großen Banken und Industriegesellschaften, die in ihren unteren Schichten sehr radikal vom Abbau ergriffen wurden, ist nur ganz geringfügig vermindert worden ... Bei den großen Fusions- und Konzentrationsplänen der letzten Zeit bestanden die Hauptschwierigkeiten zugegebenermaßen darin, daß die Regelung der Personalverhältnisse in den Direktionen der zusammenfassenden Betriebe immer wieder auf schwer überwindliche Hindernisse stieß. Sachlich wäre es durchaus möglich gewesen, mit einem kleinen Teil der Direktoren auszukommen und in den auf diese Weise erzielbaren Ersparnissen und Vereinfachungen wären erhebliche Vorteile solcher Fusionen zu erblicken gewesen. Aber natürlich wollte niemand von den großen Herren weichen. So übernahm man denn wieder einen viel zu großen Verwaltungsapparat in die konzentrierten Betriebe, oder half sich damit, daß man den in keiner Weise unterbringbaren Persönlichkeiten Sitze im Aufsichtsrat einräumte oder hohe Pensionen oder beides zusammen zubilligte. Aehnlich liegen die Verhältnisse nicht nur bei den Aktiengesellschaften, sondern auch bei vielen Privatfirmen. **Ueberall stehen zudiel leitende Persönlichkeiten an der Spitze der Unternehmungen, beanspruchen Beteiligung an den Gewinnen und dadurch werden die Betriebe veranlaßt, mit zu hohen Gewinnquoten, jedenfalls weit höheren als vor dem Kriege, zu kalkulieren.** Die volkswirtschaftlich dringend notwendige Senkung der Preise wird durch derartige in Deutschland noch immer nicht ausreichend revidierte Kalkulationsmethoden naturgemäß erschwert ...

... Eins greift dabei ins andere. Damit die hohen Gewinnquoten aufrecht erhalten werden können, sind Kartelle und Interessenverbände notwendig, und diese beanspruchen — ganz abgesehen von den Hemmungen, die sie einer rationellen Wirtschaftsführung und Preisbildung oft entgegenstellen — natürlich gleichfalls einen sehr erheblichen Kostenaufwand. Auch die Verbände und ihre Leiter unterliegen ebenso wie die Verwaltungen der einzelnen Unternehmungen dem „Selbsterhaltungstrieb des Apparates". Sie kämpfen auf der einen Seite mit einem großen Aufwand von Energie und Ueberzeugungskraft für den Abbau auf allen möglichen Gebieten. Sie kämpfen aber auf der anderen Seite mit einem Löwenmut, der noch viel größer ist, gegen ihren eigenen Abbau. Bei alledem ergibt sich dann, daß die Wirtschaft, die sie [illegible] gegen die Ueberbürdung des öffentlichen Verwaltungsapparates in Staaten, Kommunen usw. zu schützen weiß, zwar den Splitter in dem Auge des Nächsten, nicht aber den Balken im eigenen Auge sieht. Die Vielzahl der Parlamente und öffentlichen Verwaltungskörper wird von den Statistikern der Wirtschaftsorganisationen sorgfältig registriert und in ihren Auswirkungen auf die Kosten des öffentlichen Verwaltungsapparates schwarz in schwarz hingemalt. Welche Heere von Syndici, Generalsekretären, Hilfsarbeitern usw. sich aber in den Verbands- und Kartellbureaus herumdrücken, und wie gering das Ausmaß des Abbaues ist, das auf diesem Gebiete bisher vorgenommen wurde, darüber schweigt des Statistikers Höflichkeit. Ein Fachblatt hat kürzlich ausgerechnet, daß ein einziges, nicht einmal sonderlich kompliziertes, und nur aus einer geringen Zahl verschiedenartiger Materialien zusammengesetztes Erzeugnis wie ein Motorrad in allen seinen Herstellungsstadien nicht weniger als 17 Syndikate durchlaufen muß, ehe es an den Konsum gelangt."

Diese Ausführung zeigt, daß in den Kreisen der [illegible] Wirtschaftstheoretiker die Erkenntnis aufdämmert, daß es so, wie bisher, nicht weitergehen kann. Die Unternehmer, die sich immer als alleinige Vertreter der Wirtschaftsweisheit hinstellen, verfügen in ihren ureigensten Organisationsgebilden selbst. Die einzelnen Elemente der Wirtschaft sind nicht so auf eine höchste und organische Aufspannung der Kräfte eingestellt, wie das unbedingt nötig ist. Immer wieder muß die Beobachtung gemacht werden, daß die „führenden Wirtschaftler über ein gewisses Niveau in der Betrachtung der treibenden Wirtschaftskräfte nicht hinwegkommen und das A und O einer jeden Wirtschaftsführung in einer Niedrighaltung des Lebensstandards der arbeitenden Massen erblicken.

Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, auf die Mängel der heutigen Wirtschaftsführung sich einzustellen und dementsprechende Umgestaltungskämpfe zu führen.

Zerstörer der Wirtschaft.

Der Arbeitgeberverband für die Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie kündigte zum 1. März d. J. die Lohnordnung und verlangte einen Lohnabbau von 10 Prozent. Der neue zu vereinbarende Lohn soll für den Facharbeiter 63 Pf., für den Hilfsarbeiter nur noch 50 Pf. betragen. Nebenher verlangen sie eine außertarifliche Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen. Würde diese Forderung zur Tat, dann müßte das hochindustrielle Industriegebiet des Westens mit Pommern und Ostpreußen gleichgestellt werden und käme mit seinem Lohnniveau unter Mitteldeutschland zu stehen. Die Unternehmer drängen mit allem Nachdruck darauf, daß die Verhandlungen vor dem Schlichter auf dem Reichsarbeitsministerium recht bald stattfinden. Dieses mehr wie reaktionäre Vorgehen der westdeutschen Schwerindustrie wird auch das Reichsarbeitsministerium zwingen, zu diesem Streitfall Stellung zu nehmen. Der Herr Minister wird sich klar machen müssen, daß die Wirtschaft so nicht gerettet werden kann. Auf diese Art und Weise wird sie totsicher zugrunde gerichtet.

An dieser Stelle wollen wir nun auf eins aufmerksam machen. Durch die andauernden Lohn- und Akkordreduzierungen im letzten Halbjahr, wie auch durch den riesenhaften Umfang an Entlassungen, Kurzarbeit und Werksbeurlaubungen ist die Arbeiterschaft zum größten Teil geistig deprimiert und körperlich heruntergebracht. Selbst den Unternehmern muß mit grausamer Deutlichkeit klar sein, daß bei den angebotenen Löhnen die Erhaltung der allernotwendigsten Arbeitskraft eine Unmöglichkeit ist.

Schon im Januar 1924 wollte man mit den unzulänglichsten Löhnen die Wirtschaft anlaufen lassen, um die Erwerbslosen in Arbeit zu bringen. Wie sich dieser Anlauf ausgewirkt hat, das erlebt die deutsche Arbeiterschaft bis heute aufs bitterste. Will man durch einen zweiten verfehlten Versuch am untauglichen Objekt die Arbeiterschaft dem Wahnsinn in die Arme treiben?

Hier müssen die Gewerkschaften heute schon in aller Oeffentlichkeit erklären, daß sie nicht in der Lage sind, diesen Explosionsstoff vor dem zündenden Funken zu schützen, wenn die Unternehmer ihr Spiel so weiter treiben wie bisher.

Regierung und Gewerkschaften.

Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Reichswirtschaftsministerium.

Am 16. Februar verhandelten die Gewerkschaften mit dem Reichswirtschaftsministerium über Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise. Der Reichswirtschaftsminister legte auseinander, wie die Regierung durch die Exportkreditversicherung und anderes den Versuch mache, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen und den Absatz deutscher Industriewaren zu fördern. Bei dieser Gelegenheit nahmen die Gewerkschaftsvertreter Veranlassung, auf die Bestrebungen der Unternehmer, die in der Richtung des Lohnabbaus liegen, aufmerksam zu machen. Die von den Gewerkschaften geforderte Erhöhung der Erwerbslosensätze wurde von der Regierung abgelehnt. Nur bei den ledigen Erwerbslosen, die einen eigenen Haushalt führen, soll eine Erhöhung von 10 Prozent zugestanden werden.

Die Gewerkschaften werden natürlich nach wie vor auf die unzulängliche Unterstützung der Arbeitslosen hinweisen und eine Erhöhung deren Bezüge fordern.

Ende des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Wie Funksprüche aus Nordamerika meldeten, ist der Streik der pennsylvanischen Anthrazitbergarbeiter beendet worden. Der Streik, der fünf Monate dauerte, wurde auf der Grundlage eines Abkommens abgeschlossen, welches die Löhne des gegenwärtigen Tarifs auf weitere fünf Jahre bindet. Der Schiedsspruch ist so gefaßt, daß beide Teile jederzeit erneut in Verhandlungen eintreten können.

Ueber die näheren Zusammenhänge werden wir noch berichten, wenn authentische Mitteilungen des amerikanischen Bergarbeiterverbandes bei uns eingelaufen sind.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Entwicklung zur Rohrstahlgesellschaft.

In der Hauptversammlung der Rheinstahl-A.-G. gab Dr. Haßlacher einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung zur Rohrstahl-A.-G. Die Verhandlungen über derartige Rationalisierungsmaßnahmen haben im engsten Kreise bereits im Juli 1925 begonnen und dann im Verlaufe eine Fülle von langwierigen Arbeiten, insbesondere statistischer und kalkulatorischer Art, in den Bureaus der einzelnen Werke im Gefolge gehabt. Die Schwierigkeiten sind aber durch den Zwang der Not, die zum Zusammenschluß trieb, überwunden worden. Die Einschränkungs- und Preispolitik der Verbände habe allein nicht zum Ziele führen können. Bei den großen fortlaufend zu unterhaltenden und zu verbessernden Apparaturen der modernen Werke ist ein wirtschaftliches Arbeiten bei nur 5prozentiger Ausnutzung schlechterdings nicht möglich. Darum galt es, die Herabsetzung der Selbstkosten durch organische Neuordnung innerhalb eines Gesamtbildes herbeizuführen, wobei recht bald eingesehen wurde, daß ohne volle Eigentumsübertragung und Sicherstellung einer unbeschränkten Betriebsherrschaft auf seiten der neuen Gesellschaft der Plan nicht durchzuführen war. Die Notwendigkeit einer großzügigen Finanzierung durch hypothekarisch gesicherten Auslandskredit trieb die Entwicklung in der gleichen Richtung vorwärts. So wurde zunächst die sogenannte Studiengesellschaft mit einem Kapital von 50 000 Mark gegründet, woran die vier Konzerne bereits entsprechend ihren Quoten beteiligt sind. Das endgültige Kapital der Betriebsgesellschaft wird sich auf 70 000 000 Mk. und die daneben auszugebenden Genußscheine auf 120 000 000 Mk. belaufen. An letzteren wird Rheinstahl mit 7 000 000 Mk. beteiligt sein.

Während bei der Quotenverteilung nur rohe und große Maßstäbe zur Anwendung kamen, soll durch die Genußscheine ein Ausgleich für schwerer zu bewertende Aktiva, wie örtliche oder technische Vorzüge, Beteiligungen, Lizenzen, Patente usw. geschaffen werden. Das Einbringen bei der neuen Gesellschaft wird sich bei Thyssen im wesentlichen auf die gesamten Mülheim-Hamborner Anlagen erstrecken, bei der Rheinelbe-Union auf die Bergwerke und Anlagen der drei Gesellschaften, außer der Zechengruppe Monopol bei Gelsenkirchen, beim Phönix auf die gesamten Anlagen außer der Fettkohlengruppe von Von der Zypen und bei Rheinstahl auf die gesamten Hüttenanlagen, dagegen nicht auf den Bergwerksbesitz und die Beteiligungen.

Internationale Einheitsfrontgedanken.

Objektivität und Gerechtigkeit müssen den Anfang bilden.

In neuester Zeit haben sich der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity" („Gewerkschaftseinheit") ähnliche Blätter in Belgien, Holland und Deutschland beigesellt. An sich können solche Publikationen nur nützen, denn die Einheit muß kommen, und wer sie in ehrlicher Weise fördert, macht sich um die Arbeiterklasse verdient. Mit dem Worte „Einheit" wurde solange Unfug getrieben und es mußte solange als Deckadresse für tausend andere Dinge herhalten, daß ernsthafte Arbeiter auf dem Punkte angelangt sind, jedem den Rücken zu kehren, der das Wort „Einheit" in den Mund nimmt. Diese Stellungnahme ist begreiflich. Sie birgt jedoch eine der größten Gefahren in sich: Zermürbende Gleichgültigkeit. Tomski hat auf dem Parteitag der russischen kommunistischen Partei dieser Besorgnis in ernsten Worten Ausdruck verliehen und einen Satz geprägt, der die Lage deutlich umschreibt. Er sagte nämlich, „man solle entweder agitatorische Manöver machen, wie dies früher getan wurde, oder aber sich ernsthaft mit dem Problem beschäftigen."

Soll dies geschehen, so muß man sich in erster Linie darüber klar sein, daß die Einheit nicht nach kommunistischer Auffassung die Zerstörung der Amsterdamer Verbände bedeuten kann, sondern daß sich eben zwei Richtungen gegenüberstehen und versucht werden muß, ob und wie sie einander näher gebracht werden können. Das heißt, der Vermittler muß ehrlich und überlegen in der Mitte stehen und beiden Seiten die Hände reichen. Wer sich „ernsthaft mit dem Problem beschäftigen will", müßte demnach auf die Untugenden und Tugenden der Amsterdamer, auf die guten und schlechten Seiten der russischen Stellungnahme auf internationalem Gebiet, auf die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Politik der dissidenten Organisationen hinweisen.

Besitzt man die nötige Selbständigkeit und Offenheit, so wäre in diesem Sinne allerlei zu sagen. So könnte z. B. einmal auf die nötige Unterscheidung zwischen der russischen Gewerkschaftspolitik in Rußland selbst und der außerrussischen für die dissidenten Organisationen der anderen Länder Richtung gebenden Gewerkschaftspolitik der Russen hingewiesen und deutlich gemacht werden, daß die russische Gewerkschaftspolitik in Rußland von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden sollte als die außer-russische Gewerkschaftspolitik. Damit würde die vom IGB. nie mitgemachte kleinliche Kritik der russischen Gewerkschaften, deren Aufrechterhaltung für alle Arbeiter so wichtig ist, wie die Aufrechterhaltung der Sowjetrepublik überhaupt, gegenstandslos. Andererseits müßte dann aber auch gesagt werden, daß die Russen, die im Interesse der Erhaltung ihres Staates in kurzer Zeit von einer starren kommunistischen Innenpolitik zu sehr gemäßigten Auffassungen übergehen mußten, nicht den Fehler machen sollten, den außerrussischen Arbeitern und Gewerkschaften eine Politik aufzuzwingen, die bei ihnen zu Hause noch lange nicht geklärt ist und ständige Veränderungen erfährt. Eine sehr dankbare Aufgabe wäre es ferner, die bis jetzt angestrebten und durchgeführten Einheitsfrontversuche sachlich und mit der nötigen selbständigen Stellungnahme nach beiden Seiten zu analysieren. Anstatt diese Versuche, die leider in fast allen Fällen gescheitert sind, totzuschweigen oder einseitig zu interpretieren, müßte untersucht werden, weshalb sie scheiterten und in welchen Punkten sich beide Parteien vielleicht auf einen anderen Standpunkt stellen müssen, damit in Zukunft mehr Aussicht auf Erfolg besteht. Anstatt die in der Frage des Volksentscheids über die Fürstenenteignung in Deutschland herbeigeführte Einheitsfront im voraus mit allerlei Superlativen als großen Erfolg zu buchen („Die Einheit" Nr. 1), hätte gewarnt und gesagt werden können, weshalb sehr ähnliche Versuche in Deutschland früher scheiterten. Dies hätte vielleicht dazu beigetragen, daß der Versuch nicht aus den gleichen Gründen wie frühere Versuche mißlungen wäre, d. h. weil die Kommunisten die Einheitsfront benützen, um ihrem Partner nach Möglichkeit zu schaden, und wie der Kommunistenführer Thälmann sagte, „die Sozialdemokratie zu verwirren" und „gegen die Gewerkschaften Einheitskomitees zu bilden". Endlich müßte man den Mut haben, zu sagen, daß die Einheit sogar schädlich ist, wenn sie nicht Zusammenarbeit bedeuten kann, sondern nur Verwirrung bringen und die jetzige Tätigkeit der Amsterdamer Verbände, so gering sie auch nach Ansicht der Kommunisten sein mag, ganz lähmen soll. Eine solche negative „Einheitsfront"-Politik ließe sich taktisch nur rechtfertigen, wenn tatsächlich die Aussicht bestände, die Amsterdamer zu vernichten. Daß dies nicht möglich ist, dürften nun die Kommunisten allmählich eingesehen haben. Endlich wäre über andere Einheitsfrontversuche in anderen Ländern zu berichten, die auf anderer Grundlage versucht und psychologisch deshalb auch von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden müßten, was wiederum gilt für die Einheitsfrontversuche und bereits hergestellten Einheitsfronten in den internationalen Berufssekretariaten.

Besitzt man die für eine solche sachliche konstruktive Kritik nötige geistige Unabhängigkeit nicht und beschränkt man sich, wie dies die erwähnten neuen Zeitschriften tun, darauf, in eintöniger Weise Allgemeinheiten zu sagen, und die Einheit mit verschwommenen Worten über die „Umstellung in der Gemütsverfassung" usw. anzupreisen, so spielt man lediglich einen Akt der Oper, von der Tomski sagte: „Man singt: Wir laufen, laufen, laufen, und man bleibt dabei auf einem Fleck stehen." Merkt aber der Leser zudem nach der Lektüre der zweiten Nummer, daß diese Zeitschriften in keiner Weise als Vermittler betrachtet werden können, sondern nur den einen Partner als Sünder hinstellen und sich über den anderen in allen Sprachen ausschweigen, so schaden sie viel mehr als sie nützen. Ihr Schicksal muß sein, daß sie nach kurzer Zeit auch noch das bißchen Werbekraft einbüßen, daß sie vielleicht zu Beginn gehabt haben.

Internationale Rundschau.

Die große Front der britischen Bergarbeiter.

Als im vergangenen Jahre die Lage im britischen Bergbau immer kritischer wurde und sich die Bergleute auf alles gefaßt machen mußten, war der erste Schritt die Herstellung eines vollen Einvernehmens mit den obersten Instanzen des Britischen Gewerkschaftsbundes. Dieser Schritt ist im Hinblick auf eine Lösung oder mögliche Verschärfung des Konfliktes im Monat Mai nach Ablauf der Subventionsperiode auch in diesem Jahre wieder unternommen worden. Kraft eines Beschlusses einer gemeinsamen Sitzung der Bergarbeiterexekutive und der Speziellen Industriellen Kommission des Britischen Gewerkschaftsbundes wird eine Subkommission der Bergarbeiter mit dem Speziellen Industriellen Komitee zusammenarbeiten und alle Entwicklungen bezüglich der Lohnlage in den Kohlengruben auf Grund einer einheitlichen Politik verfolgen. Dem Industriellen Komitee gehören folgende Führer an: A. Pugh (Vorsitzender), Ben Tillet, G. Hicks, J. H. Thomas, J. Bromley, A. Hayday, A. G. Walkden, A. B. Swales und B. Citrine (Sekretär). Die Bergarbeiter sind mit neun Mitgliedern vertreten, worunter Herbert Smith und A. J. Cook

Betriebsratswahlen vor der Tür!

Die Betriebsräte als Instrument der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessenvertretung im Betriebe.

Die Propaganda für die Politisierung der Betriebsräte hat sich überlebt. Die Kraft- und Schlagworte, mit denen man den Betriebsräten durch Zulegung der verschiedenartigsten Ehrentitel (z. B. Avantgarde des politischen Klassenkampfes) zu schmeicheln versuchte, dürften bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen nur noch vereinzelt zu hören sein. Die Zeit hat geurteilt.

So verständlich es an sich auch sein mag, daß in besonders bewegten, umwälzenden Zeiten das Zielstreben revolutionärer Kräfte über das erreichbare und zu verwirklichende Maß hinaustreibt, so notwendig ist es anderseits, den Mut zur taktischen Neuorientierung dann aufzubringen, wenn sich das angewandte taktische Mittel zur Erreichung eines angestrebten Gesellschaftszustandes als unvereinbar mit den Fortentwicklungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Verhältnisse offenbart. Die Politisierung der Betriebsräte mußte versagen, weil das historische Motiv etwas anderes zeitigte.

Die gesellschaftliche Entwicklung läßt sich nicht nach dem Gutdünken Einzelner bestimmen. Ein Blick auf die Vergangenheit überzeugt uns von dem ursächlichen Zusammenhang gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Lebensäußerungen mit neuem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielstreben. So war denn auch die Entstehung der Arbeiterorganisationen nichts anderes als eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Tatbestand der wirtschaftlichen Unfreiheit des Arbeiters und seiner Abhängigkeit von dem Unternehmer, dem Eigentümer der Produktionsmittel. Der Besitzer an dem Produktionsmittel ist zwar ein rechtlich nicht bevorzugtes Individuum. Der Sieg der vom Bürgertum getragenen liberalen Idee über den Feudalismus (Adelsherrschaft, Lehnsherrschaft) gewährleistete als Ausfluß kapitalistischer Wirtschaftsnotwendigkeiten die Freizügigkeit und Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Daß die Mehrheit aller Einzelpersonen von wenigen Einzelpersonen trotz Beseitigung der Rechtsungleichheit abhängig wurde, ist in dem Eigentumsrecht an dem Produktionsmittel begründet. Durch die Aufrechterhaltung des Privateigentums trat an Stelle der rechtlichen Abhängigkeit die viel schwerer zu beseitigende wirtschaftliche Abhängigkeit. Die Eigentumsbefugnisse des Unternehmers gewährleisten trotz Aufhebung aller privaten Untertänigkeit ein Untertanenverhältnis wirtschaftlicher Art, in das sich ein jeder Lohnarbeiter, rechtlich gesehen, freiwillig begeben muß durch Abschluß eines Arbeitsvertrages. Da die Arbeitskraft unlöslich mit der Person des Arbeiters verbunden ist, erlangt der Unternehmer nicht nur das Recht zur Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern der Person.

Diese Herrscherstellung des Unternehmers in der kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsorganisation, erlangt durch die Rechtsfreiheit und -gleichheit jedes Einzelnen, löste das besondere Klasseninteresse und Klassendenken bei der Arbeiterschaft aus. Im Großbetrieb wurzelt das Klassenbewußtsein des proletarischen Lohnarbeiters; der kapitalistische Großbetrieb drängte dem Arbeiter geradezu eine von der Ideologie des Unternehmers abweichende und seiner Klassenlage entsprechende besondere Ideologie auf. Wenn sich die abhängige Arbeiterschaft dem Unternehmer gegenüber behaupten wollte, so war sie gezwungen, dem Individualstreben des Unternehmers das kollektive, solidarische Streben der von gemeinsamen Interessen geleiteten Arbeiterschaft entgegenzustellen. Daß dieses kollektive Bestreben zunächst im Einzelbetrieb sich geltend machte, ist eine unausbleibliche Folge des Umstandes, daß im Betriebe der einzelne Arbeiter unmittelbar der Herrschaftsfunktion des Unternehmers unterworfen ist. Das berufliche Denken setzte auf einer höheren Stufe der Erkenntnis ein, nachdem der Arbeiterschaft die Wechselwirkung der Konkurrenz und deren Einwirkung auf seine persönliche und berufliche Lage, die von der Klassenlage weitgehend abhängig ist, bewußt wurde.

Das wichtige an den solidarischen Abwehrbestrebungen der im Betrieb zur Arbeitsorganisation verbundenen Belegschaft ist in diesem Zusammenhange darin zu erblicken, daß man die anfänglich uneingeschränkte Herrschaft des Unternehmers zurückzudrängen oder gar zu beseitigen versuchte. Der kollektive Wille der Belegschaft sollte sich im Betriebe auswirken können, die Willkür des Unternehmers durch das Gesamtinteresse beobachtenden Kollektivwillen ersetzt werden. Es ist unzweifelhaft, daß von dieser Idee auch heute, wenn auch mehr oder weniger unbewußt, fast die Gesamtheit der Arbeiterschaft erfüllt ist. Die Arbeit soll freier gestaltet, die Abhängigkeit von dem Interesse eines Einzelnen aufgehoben werden. Daraus ergibt sich, daß schon in der Frühzeit des Kapitalismus das ausführende Organ des Kollektivwillens in Form von Arbeiterausschüssen usw. ausgesprochen wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen hatte. Die Beseitigung des herrschenden Wirtschaftsprinzips in Form der kapitalistischen Privatwirtschaft mag noch so sehr politische Aufgabe der Arbeiterschaft als Klasse sein, Aufgabe der Betriebsvertretung wird stets die wirtschaftliche und sozialpolitische Interessenwahrnehmung der Belegschaft bleiben. Im Betriebe handelt es sich weder um die Festsetzung von Steuern noch um die Entscheidung sonstiger hochpolitischer Angelegenheiten. Im Betriebe kann immer nur die Quelle aller gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung gesehen werden, die stets fließend zu halten ist. Deshalb wird im Betriebe auch nie über die Beseitigung einer Wirtschaftsform entschieden werden. Trotz Gewerkschaftskampf im Betriebe und der Gesamtwirtschaft wird sich aus diesem Grunde der politische Klassenkampf auch nicht ersparen lassen. Daran ändert nichts der Umstand, daß die unablässigen Bemühungen, innerhalb des Betriebes sowohl wie in der Gesamtwirtschaft, der Durchsetzung des kollektiven Willens zum Siege zu verhelfen, sehr wohl dazu angetan sein können, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwelt zu verändern. Der Politik wird es stets vorbehalten bleiben müssen, diese sozialen Veränderungen mit Hilfe der Gesetzgebung zum allgemeinen, gesellschaftlich anerkannten Tatbestand zu machen. Die heutigen großen Zentralgewerkschaften sind weniger als je in der Lage, hohe Politik auf eigene Faust zu machen. Es wäre gleichbedeutend mit ihrer Zerreißung.

Selbst wenn man sich eine organisierte Planwirtschaft oder sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft als wirtschaftliches Verfassungssystem vorzustellen bereit ist, werden dem einzelnen Betriebe immer nur wirtschaftliche Aufgaben gestellt sein. **Demgemäß werden auch die durch das Wirtschaften sich ergebenden Folgerungen auf die Ihre Arbeitskraft hergebenden Menschen im Betriebe stets wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art bleiben.** Wenn darüber hinaus sich das einzelne Belegschaftsmitglied am politischen Kampf um die allgemeine soziale Neuordnung beteiligt, so geschieht das nicht in seiner Eigenschaft als Betriebsangehöriger, sondern als Klassen- und Staatsangehöriger.

Das Kernproblem für eine verantwortungsbewußte Betriebsvertretung wird stets bleiben: Wie kann ich die Stellung des arbeitenden Menschen im Betriebe erleichtern, wie kann ich die der menschlichen Arbeitskraft drohenden Schäden abwenden. Freilich ist das eine Frage, für die sich ganz besonders die wirtschaftliche Interessenorganisation des Berufes oder Wirtschaftszweiges neben den politischen Organisationen interessiert. Der Unterschied besteht darin, daß die Gewerkschaften stets unmittelbare, **von der allgemein politischen Konjunktur unabhängige Verbesserungen** der Stellung des arbeitenden Menschen herbeiführen, also neue soziale Tatbestände schaffen, **die oft sehr viel später in der Gesetzgebung anerkannt werden.** Durch die Schaffung neuer sozialer Tatbestände wird gleichzeitig, soweit solche die Stellung des Arbeiters im Betriebe berühren, die Betriebsvertretung vor die Notwendigkeit der Ueberwachung und Anwendung derselben zugunsten der Betriebsangehörigen gestellt. Keinesfalls aber wird eine Betriebsvertretung dann ihrer Aufgabe und den Interessen der Betriebsangehörigen gerecht, wenn sie als Korporation glaubt, „aktive" und „direkte" hohe Politik machen zu müssen. Das muß stets mit einer Pleite enden, wie denn auch das erfolglose, jahrelange Bemühen, den Betriebsrat zu einem ausgesprochen politischen Instrument zu machen, vergeblich sein mußte. Das unmittelbare Interesse der Belegschaft im Betriebe ist ein wirtschaftliches und sozialpolitisches. Dieses Interesse nur hat die Betriebsvertretung zu wahren. Innerhalb des Berufsverbandes kann aus organisatorischen Gründen nur in bestimmten Fällen eine sehr vorsichtige Politik gemacht werden. Die Domäne der Politik ist nach wie vor die politische Partei. Jede Belegschaft wird sich über kurz oder lang von einem Betriebsrat abwenden, der nicht dem geschichtlich gewordenen betrieblichen Kollektivinteresse der Belegschaft gegenüber dem Unternehmer gerecht wird. Dabei wird der Berufsverband dem Betriebsrat zur wirksamen Interessenvertretung den Arm stärken, ihn stützen.

Das Betriebsrätegesetz schreibt bekanntlich diese Interessenvertretung ausdrücklich vor. Es fragt sich aber, ob der heutige Betriebsrat auch die zweite Aufgabe, den Unternehmer in der Betriebsleitung zu unterstützen, zu erfüllen vermag. Zweifellos hat die sozialpolitische Interessenvertretung der Arbeitnehmer die Ausübung bestimmter wirtschaftlicher Funktionen notwendig im Gefolge. Das ist im Bergbau besonders hinsichtlich der Festsetzung der Gedinge in streitigen Fällen der Fall. Indem hier der Betriebsrat für das Zustandekommen eines Gedinges mit Sorge trägt durch vermittelndes Eingreifen, erfüllt er auch dem Unternehmer einen wirtschaftlichen Dienst, denn Arbeit ohne Gedinge ist im allgemeinen schlechte Arbeit, weil der Arbeiter nicht weiß, wie er entlohnt wird. Demnach hat auch der Unternehmer an dem frühzeitigen Zustandekommen des Akkords ein erhebliches Interesse. Auch das Bestreben seitens des Betriebsrats, wahrgenommene Mängel in der Betriebsgestaltung zu beseitigen, liegt ebenso sehr im wirtschaftlichen Interesse des Unternehmers wie im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Interesse des Arbeiters. Hier muß allerdings betont werden, daß es gerade im Bergbau schwerer als in allen anderen Berufsarten ist, diese zweite, im beiderseitigen Interesse gelegene Aufgabe zu erfüllen. **Nirgends herrscht ein derart grober und brutaler Ton wie im Bergbau, nirgends findet auch der Arbeiter als Mensch weniger Beachtung als im Bergbau.** Wenn hin und wieder mal eine Ausnahme zu beobachten ist, so ist das lediglich eine Bestätigung des gegenteiligen als Regel. Ganz besonders in Krisenzeiten kommt der Mensch im Betriebe überhaupt nicht zur Geltung. Die Grubenunternehmer sind zu allen Zeiten die sozial rückständigsten Unternehmer gewesen. Bei ihnen gilt in der Regel nur das Diktat. Gemeinsame betriebliche Interessen werden nur in den gelben Werkszeitungen, vielleicht auch in gelben Werksversammlungen und in Abhandlungen, die für die Oeffentlichkeit bestimmt sind, entdeckt. Sie offenbaren sich jedoch nicht in einer Gleichachtung und in der täglichen Behandlung. Die Folge ist, daß oft sehr gut gemeinte Vorschläge der Betriebsvertretung mit zynischen Redensarten oder grobklotzigen Antworten bedacht werden. Das ist erklärlich, wenn man daran denkt, daß gerade im Bergbau die ärgsten Feinde und Gegner des Betriebsrätegesetzes vorhanden sind. Unbekümmert läßt diese Unternehmer der Hinweis, daß sie damit eigene Interessen schädigen.

Es versteht sich am Rande, daß gerade von solchen Unternehmern alles versucht wird, um das Gesetz und die auf ihm beruhenden Vertretungen in der Oeffentlichkeit herabzusetzen. Deshalb ist es weiter nicht verwunderlich, wenn die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", das Sprachrohr des Grubenkapitals, ab und zu zweifelhafte Berichte über die Tätigkeit der Betriebsräte und entsprechende „Würdigungen" des Betriebsrätegesetzes bringt. Selten vorkommende Pflichtvergessenheiten von Betriebsvertretungsmitgliedern werden aufgebauscht und nichts weniger als objektiv wiedergegeben. Wenn unter diesen Umständen von dem „Versagen" des Betriebsrätegesetzes und der Betriebsräte geschrieben wird, so ist es ein Gebot der Objektivität, nach den wahren Ursachen zu forschen. Gewiß wird die Politisierung der Betriebsräte den betrieblichen Notwendigkeiten der Belegschaften nicht gerecht. Unbestreitbar hat dies einen Teil der Betriebsräte von ihren notwendigen Aufgaben abgehalten. Ebenso gewiß ist aber auch, daß die besonders im Bergbau vorhandene Rückständigkeit der Unternehmer wesentlich die „Politisierungsbestrebungen" begünstigt hat. Unzweifelhaft ist ferner, daß dieses unverständige Unternehmertum im wesentlichen die Schuld dafür trägt, daß die Betriebsräte fast ausschließlich auf das Gebiet der reinen Interessenvertretungen gedrängt wurden. Solange es ein derart sozial rückschrittliches Unternehmertum gibt, wird dieser Zustand sich nicht ändern, so lange wird das Betriebsrätegesetz, soweit es die Mitwirkung an der „Betriebsleitung" zwecks ausgiebiger Erfüllung des „Betriebszweckes" vorschreibt, lediglich ein schöner Grundsatz sein. Wenn die Unternehmer behaupten, die Betriebsräte hätten es nicht vermocht, sich in den betrieblichen Produktions- und Organisationsvorgang einzuarbeiten, so ist festzuhalten, daß seitens der Unternehmer alles geschieht, um die Betriebsvertretung im „Dunkeln" zu lassen. Man verwehrt ihr den Einblick in die intimen Betriebsvorgänge, verwehrt ihnen das Recht, sich bei der Berichterstattung irgendwelche Notizen zu machen, so daß sie der Möglichkeit, den Ausführungen des Unternehmers zu folgen, um sie gegebenenfalls auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen, beraubt sind. Ueberflüssig ist es besonders zu betonen, daß man die vorgesehene Kontrolltätigkeit nach Möglichkeit unwirksam zu machen versucht, indem die Unternehmer die dazu erforderliche Zeit mit allen Raffinessen einzuschränken bestrebt sind. Dafür besitzt das Unternehmertum trotz dem Betriebsrätegesetz genügend Handhaben. Es hat deshalb niemand weniger das Recht, das „Versagen" der Betriebsräte in allen Variationen zu schildern, als das Unternehmertum. Zudem ließen sich genügend Beispiele dafür anführen, wie seitens der Beamten und der Werksverwaltungen systematisch versucht wird, die Belegschaftsmitglieder gegen die Betriebsräte aufzubringen.

Geboren wird ein solches Vorgehen unternehmerseits aus der Willensbildung, die Betriebsvertretungen in ihrer Tätigkeit möglichst zu behindern und ihr die Arbeit zu verleiden. Angesichts dieser Umstände ist es zwecklos, über das Versagen der Betriebsräte Klagelieder anzustimmen. Als Gewerkschaftsfunktionäre haben die von gewerkschaftlichem Geist beseelten Betriebsräte ihr Bestes versucht und trotz aller Drangsalierungen, denen sie ausgesetzt sind, manche willkürliche und unsoziale Handlung des Unternehmers zu korrigieren vermocht. Die Gewerkschaften werden auch weiterhin ihre wichtige Aufgabe auf dem Gebiete der Funktionärschulung zu erfüllen versuchen. Daß die Betriebsräte eine wirtschaftliche Kraftquelle sein könnten, ist trotz aller „Unternehmerlitaneien" nicht widerlegt. Allerdings ist es höchst fraglich, ob diese unserem heutigen Unternehmertum gegenüber nutzbar gemacht werden kann. Das bei der Beratung und Schaffung des Betriebsrätegesetzes maßgebende Leitmotiv wird solange unerfüllt bleiben, als die Betriebsräte nicht in das ursprünglich gedachte wirtschaftliche Verfassungssystem, das ja auch im Artikel 165 der Reichsverfassung niedergelegt ist, eingegliedert sind.

Für die Gewerkschaften ist es eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben, die Verwirklichung dieses Artikels anzustreben und herbeizuführen. Freilich ist für die Wirksamkeit eines solchen Verfassungssystems weniger die Art des Aufbaues, als das Maß der Rechte und Aufgaben entscheidend. Diese Rechte werden um so besser ausfallen, je wirksamer die Arbeiterschaft ihre Rechte wahrzunehmen und auszubauen versteht. Es hängt also letzten Endes alles von der organisatorischen Stärke und der persönlichen Eignung und Fähigkeit ab. Zu der unablässigen Stärkung der Organisation beizutragen ist deshalb dringendes Gebot der Arbeiterschaft. Neben der zahlenmäßigen Stärke ist für jeden Fortschritt die „Zahl der klaren Köpfe" ausschlaggebend. Die Betriebsräte als solche vermögen die Verwirklichung des Artikels 165 der Reichsverfassung nicht zu erkämpfen. Dagegen vermögen sie Bedeutendes hinsichtlich der Vorbereitung und Zusammenfassung der proletarischen Kräfte zu schaffen. Das müssen neben den sonstigen Gewerkschaftsfunktionären auch die Betriebsräte erkennen. Eine Erkenntnis ist aber nur dann von Bedeutung, wenn sie ein bestimmtes Wollen auslöst. Dieses Wollen muß sich auswirken in einem von der Erkenntnis getragenen Handeln, in dem freudigen Bekenntnis zur Tat. Die von der Erkenntnis und Vernunft geleitete Tatbejahung allein überwindet den in weiten Arbeiterkreisen eingenisteten Pessimismus. Wir haben keine Ursache dazu, pessimistisch zu sein. Vorübergehende Rückschläge fallen in der Hauptsache mit einem entsprechenden Quantum fehlender organisatorischer Reife und Einsicht der Arbeiterschaft zusammen. Diese Reife und Einsicht herbeizuführen ist des Schweißes der Besten in der Arbeiterbewegung wert.

Deshalb freudige Tatbejahung in der Organisation. Sie allein verbürgt den Fortschritt, sie allein verbürgt auch den Sieg bei Wahlen.

Kameraden und Funktionäre! Offenbart diese Tatfreudigkeit auch bei der diesjährigen Betriebsrätewahl. Auch diese Wahl ist ein Gradmesser für die Reife der Arbeiterschaft. L. L.

Vom 4. bis zum 17. März

liegen die Listen zum Volksbegehren:

Enteignung der Fürstenvermögen

an den überall bekannt zu machenden öffentlichen Stellen aus. Pflicht aller Deutschen, die bis zum 17. März 1926 das 20. Lebensjahr erreicht haben, ist es, sich in die Liste für das Volksbegehren eintragen zu lassen!

Kameraden! An die Arbeit! Sorgt dafür, daß überall dort, wo Schacht- und Zechentürme in den Himmel ragen, der Strom zu Millionen schwillt!

Bereitet den Sieg des Volkes über Fürstenhabgier vor!

Bergarbeiter!

Sichert

euer Wahlrecht!

Seht

die Wählerlisten ein!

Kameraden!

Erfüllt

eure Pflicht!

Gegen

jede Wahlenthaltung!

Fragen der Arbeiterversicherung.

Zur Knappschafts-Krankenhausfrage im Ruhrgebiet.

Die Hetze des christl. Gewerkvereins steigert sich.

Ueber die Knappschaftskrankenhausfrage im Ruhrgebiet ist in den letzten Jahren so viel geschrieben worden, daß einem bald übel wird, wenn man dieses Thema wieder mal behandeln muß. Man kann uns deshalb glauben, daß wir nicht oft diese Frage anschneiden würden, falls nicht die unbedingte Notwendigkeit sich hierfür ergäbe. Eine solche Notwendigkeit liegt auch gegenwärtig vor. Der „Bergknappe", unser streitbares „christliches Bruderorgan", hat sie nämlich verursacht. Es vergeht fast keine Woche, in der nicht der „Bergknappe" eine Epistel gegen die verruchte Absicht, zwei Knappschaftskrankenhäuser zu bauen, verbricht. Da wir von dem Grundsatz ausgehen, jedem Tierchen sein Plätzerchen zu lassen, würde es uns weiter nicht anfechten, daß der „Bergknappe" seine Spalten mit Entrüstung gegen das „verruchte Verbrechen", wie es der Bau zweier moderner Krankenanstalten bedeutet, füllt. Wenn wir uns mit ihm befassen müssen, so nur aus dem Grunde, weil sich die gesamte öffentliche und unterirdische Hetze letzten Endes gegen die Versichertenvertreter unseres Verbandes richtet, die im Vorstand der Ruhrknappschaft der Errichtung der zwei Knappschaftskrankenhäuser in Bottrop und Eickel zugestimmt haben. Aus diesem Grunde sind wir gezwungen, wieder mal eine Generalabrechnung mit der Hetze der letzten Monate vorzunehmen. Die letzte dieser Art geschah in Nr. 21 unseres Fachorgans vom 23. Mai 1925. Sie liegt also bald ein Jahr zurück.

Der eigentliche Hauptrufer im Streit

um die Knappschaftskrankenhäuser ist der Zweckverband konfessioneller Krankenhäuser des Ruhrgebiets. Es ist eigentlich unnötig, zu betonen, daß die Geistlichkeit in diesem Gebilde die Führung hat. Benannter Zweckverband hat natürlich ein großes Interesse daran, den Bau der Knappschaftskrankenhäuser zu verhindern. Denn erstens befürchtet er, daß, wenn die Knappschaft einige Krankenanstalten hat, sie dann besser in der Lage sein wird, die Angemessenheit der verlangten Pflegesätze zu beurteilen, und zweitens, daß er die Knappschaft bezüglich der Krankenpflege nicht in der gleichen Abhängigkeit wie bisher halten kann. Die dritte, und zwar die größte Sorge der Geistlichkeit ist die Sorge, daß man in den Knappschaftskrankenhäusern nicht mit dem gleichen Eifer auf die kranken Gläubigen einwirken und gegebenenfalls verlorene wiedergewinnen kann. Von ihrem Standpunkt aus haben die Herren Geistlichen recht, denn niemals ist der Mensch der Reue und Buße zugänglicher als zur Zeit, wo er krank ist. Wenn die Gegner der Knappschaftskrankenhäuser ihre wirklichen Interessen in den Vordergrund stellen und um ihretwegen öffentlich den Kampf führen würden, so könnte ihnen keiner dies verübeln, da es ihr gutes Recht ist, ihre Interessen zu wahren. Das ist leider nicht der Fall.

Die Kampfmittel des Zweckverbandes

sind durch und durch verlogen. Er bekämpfte die Knappschaftskrankenhäuser mit der Behauptung, daß kein Bedürfnis hierfür vorhanden sei. Als die Knappschaft in Buer ein Krankenhaus bauen wollte, brachte die Zentrumspresse „die Volksseele so zum Kochen", daß sie bald übergelaufen wäre, und alles dies nur mit der Behauptung, daß in Buer kein Bedürfnis für ein Krankenhaus bestände, weil die vorhandenen nicht mal genügend Pfleglinge hätten, so daß sie also zugrunde gehen müßten, wenn noch ein Knappschaftskrankenhaus gebaut würde. Als man die Sache mit dem Knappschaftskrankenhaus so weit glücklich hintertrieben hatte, daß die Knappschaft vorläufig von dem Bau absah, begann man seitens des konfessionellen Zweckverbandes wie verrückt drauflos zu bauen, so daß recht bald für mehr Betten Raum geschaffen wurde, als die Knappschaft zu bauen beabsichtigte. Mit denselben Mitteln sucht man überall vorzugehen, wo die Knappschaft bauen wollte. Als sie nicht überall zu dem gewünschten Erfolg zu führen schienen, da besannen sich die führenden Geistlichen des Zweckverbandes darauf, daß ein Kaplan Reichsarbeitsminister ist, der vom 1. Januar 1924 ab die Aufsicht über die Knappschaft hatte und dessen Hilfe man gut brauchen konnte. Bezüglich dieser Hilfe scheint man sich nicht getäuscht zu haben, denn **das Reichsarbeitsministerium nimmt eine sonderbare Haltung in diesem Streit ein.** Obwohl bereits eine Beschwerde des christlichen Gewerkvereins, der vom Zweckverband vorgeschoben wird, gegen den Bau der Knappschaftskrankenhäuser in Steele, Bottrop und Herne-Eickel als unbegründet abgewiesen wurde, hat man inzwischen eine andere Beschwerde eingesandt, als der Reichsarbeitsminister die Aufsicht über die Knappschaft erhielt. Das Reichsarbeitsministerium griff die Beschwerde auf, stellte Prüfungen und Erwägungen an, gab der Knappschaft auf, den geplanten Bau nicht auszuführen, bis es entschieden hat; das heißt mit anderen Worten: bis der konfessionelle Zweckverband so viel An- und Neubauten in den betreffenden Orten aufgeführt hat, daß dort ebenso wie in Buer kein Bedürfnis für ein Knappschaftskrankenhaus mehr besteht. An anderen Orten wird die Knappschaft dann bauen können, weil der Herr Reichsarbeitsminister die Genehmigung zum Kauf des erforderlichen Baugrundstückes versagen kann. Ein solch parteiisches Verhalten zugunsten einer Privatvereinigung konnten sich die Versichertenvertreter nicht gefallen lassen. Die Verbandsältesten wiesen im Vorstand des RKV. das Ansinnen des Reichsarbeitsministers zurück, das dahin ging, daß der Vorstand des RKV. die Reichsregierung erhalten sollte, von den Vorbereitungen zum Bau in Bottrop Abstand zu nehmen. Sie mußten dies Ansinnen um so mehr zurückweisen, als der Herr Reichsarbeitsminister hier in die Selbstverwaltung eingriff, obgleich er hierfür nicht auf dem rechtmäßigen Wege von der Seite der Versicherten oder der Vertreter angerufen wurde. Als ihn die Verbandsältesten um Entscheidung anriefen, da hieß es immer, man wolle nicht in die Selbstverwaltung eingreifen. Jetzt auf einmal scheute er sich nicht, die Selbstverwaltung zu hindern, ein Werk zu vollbringen, das von der Mehrheit der Vertreter im Selbstverwaltungskörper beschlossen wurde. Ob dieser Stellungnahme erfolgten

Angriffe gegen unsere Vorstandsältesten

namentlich in der Zentrumspresse. Man macht ihnen vor, daß sie aus Haß gegen die Religion selbst die Interessen der Versicherten schädigten. Die Hetze nimmt die verschiedensten Formen an. Insbesondere werden in den Versammlungen die verschiedensten Märchen erzählt. Wie unwahr die Darstellung und wie unberechtigt die Entrüstung ist, mögen folgende Beispiele zeigen:

Jahrelang haben die Zentrumspresse und der Gewerkverein die Knappschaftskrankenhäuser aus dem Grunde bekämpft, weil sie angeblich viel zu teuer arbeiteten und somit die Gelder der Versicherten unnötig verbrauchten. In allen knappschaftlichen Verhandlungen, die früher stattgefunden haben, konnte man mit Bestimmtheit damit rechnen, daß, wenn ein Vertreter des Gewerkvereins anwesend war, er gleich seine Notizen aus der Tasche herauszog und auf Grund von Zahlen nachwies, wie teuer die Knappschaftskrankenhäuser arbeiten, und daß es unverantwortlich sei, die Gelder der Versicherten zu verschleudern.

Als im Laufe des vergangenen Jahres von der Ruhrknappschaft nachgewiesen wurde, daß die Angaben des Gewerkvereins falsch sind und daß, wenn die Knappschaft die Pflegesätze ebenso berechne wie die konfessionellen Krankenhäuser, es sich ergäbe, daß die Pflegesätze in den Knappschaftskrankenhäusern noch niedriger sein als in den konfessionellen Krankenhäusern, wurde der jahrelange Beweisgrund dem christlichen Gewerkverein aus der Hand geschlagen. Er zweifelte wohl die Zahlen an, konnte aber auch nach deren Prüfung nichts dagegen vorbringen. Die Zahlen sind von einem vereidigten Bücherrevisor geprüft und als richtig befunden worden.

Da es den konfessionellen Krankenhäusern nicht genehm war, daß die Pflegesätze in den Knappschaftskrankenhäusern niedriger waren als in ihren, haben sie auf den Gewerkverein eingewirkt, daß seine Vertreter in der Ruhrknappschaft die Erhöhung der Pflegesätze für die Knappschaftskrankenhäuser beantragen möchten. Dies haben die Vertreter auch besorgt. Im vergangenen Jahre sind auf ihren Antrag hin die Pflegesätze erhöht worden. Der Zweck der Uebung war durchaus ersichtlich. Man wollte den konfessionellen Krankenhäusern dadurch höhere Einnahmen verschaffen, weil sie dann auch ihre Pflegesätze gegebenenfalls noch mehr erhöhen konnten.

Um den Bau des Knappschaftskrankenhauses in Bottrop zu verhindern, haben die Macher des Zweckverbandes auch die Zentrumsvertreter der Gemeinden zu einer Protestversammlung zusammengebracht. Es wurde dabei eine Entschließung verbrochen, die u. a. auch folgende Stelle enthält:

„Die Vertreter der Gemeinden sind der Ueberzeugung, daß im Augenblick alle verfügbaren öffentlichen, insbesondere die aus den Gemeinden selbst in Form von Arbeitnehmer und Arbeitgeber herausgezogenen Gelder für den Wohnungsbau im dichtbesiedelten und unter furchtbarster Wohnungsnot leidenden Industriebezirk bereitgestellt werden müssen. Sie bitten daher den Reichsarbeitsminister, bei der Ruhrknappschaft das Verständnis dafür zu erwecken, daß zur Hebung und Erhaltung des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter die Errichtung von Wohnungen zurzeit notwendiger und zweckmäßiger ist, als die Errichtung von weiteren Krankenhäusern, und die Ruhrknappschaft zu veranlassen, ihre verfügbaren Reserven für den erwähnten Zweck bereitzustellen."

Ist das nicht der Gipfel einer verlogenen Demagogie, wenn dieselben Macher, die diese Entschließung veranlaßten, von der Reichsangestelltenversicherung, über die der Reichsarbeitsminister ebenfalls die Aufsicht hat, 10 Millionen Mark zum Bau von konfessionellen Krankenhäusern zugesprochen, einen Teil davon bereits zugewiesen bekommen und in Herne und anderwärts festeweg am Bauen sind? Warum bauen die von den 10 Millionen keine Wohnungen? Pfui Teufel über solche Heuchler!

Die Geschichte einer zerbrochenen Fensterscheibe.

Herr Imbusch, der Vorsitzende des christlichen Gewerkvereins, hat sie im Reichstag zum Besten gegeben. Auch auf diese Sache würden wir nicht eingehen, wenn es sich nur darum handeln würde, vorhandene Mißstände zu kritisieren. Da jedoch die Geschichte die Runde durch die gesamte deutsche Zentrumspresse macht und überall von den Agitatoren des christlichen Gewerkvereins den Bergarbeitern gesagt wird: „Seht, so werden eure Groschen von den Verbandsältesten verpulvert, die dem Bau von Knappschaftskrankenhäusern und demzufolge auch der Errichtung eines Baubureaus zugestimmt haben", müssen wir der Geschichte etwas nachgehen. Unsere Kameraden im Vorstand der Ruhrknappschaft haben von ihr schon früher gehört. Sie haben deshalb die Verwaltung dringend ersucht, die Dienstreisen des Baubureaus besser zu überwachen. Als nun Imbusch die Geschichte im Reichstage als neueste Attraktion zum Besten gab, verlangten unsere Kameraden von der Verwaltung erneut eine Auskunft, ob so etwas sich ereignet habe. Sie erhielten folgende Darstellung:

„Die Geschichte einer zerbrochenen Fensterscheibe, die bei der ersten Lesung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz im Plenum des Reichstags vorgebracht wurde, ist weder neu, noch zutreffend. Schon vor etwa 15 Jahren hieß es einmal, daß ein Architekt des damaligen Allgemeinen Knappschaftsvereins wegen einer zerbrochenen Fensterscheibe zwei Dienstreisen gemacht habe. Eine Umfrage bei allen in Frage kommenden Stellen hat ergeben, daß auch damals kein derartiger Sachverhalt vorlag.

Auch die in der Presse verbreiteten Mitteilungen über das Baubureau der Ruhrknappschaft treffen nicht zu. Die eigentliche Bauverwaltung der Ruhrknappschaft besteht aus dem Leiter — einem Baurat —, drei Baubeamten, einem Ingenieur, einem Techniker und fünf Hilfstechnikern. Diese bearbeiten außer den Instandhaltungen die kleineren Neu- und Umbauten sowie die Ausschreibung und Prüfung der Angebote und die Prüfung der Rechnungen für Neubauten. Instandzuhalten sind: das Hauptverwaltungsgebäude, 25 Außenbureaus, ein Gebäude für das Oberversicherungsamt, 11 Krankenhäuser und andere Genesungsanstalten mit entsprechenden Röntgenanlagen und mancherlei sonstigen technischen Einrichtungen, sowie fünf Gutsgehöfte. In diesen Gebäuden befinden sich u. a. 2 Wohnungen.

Alles übrige technische Personal wird nach Bedarf angenommen für die Errichtung der größeren Neubauten; die Bezüge werden auf die Kosten dieser Neubauten verrechnet. Es ist nachweislich festgestellt, daß die Gehälter für diese Angestellten rund ein Drittel der Kosten erfordern, die für die gleiche Entwurfs- und Bauleitungstätigkeit an Privatfirmen gezahlt werden müßten. Die für Neubauten, insbesondere Krankenhausbauten, einzustellenden Ausgaben betragen rund etwa 1 Prozent der Gesamtausgaben der Ruhrknappschaft."

Damit sind die Hetzmittel gegen die Verbandsältesten noch nicht erschöpft. Es gibt noch weitere Hetzmittel. Der „Bergknappe" vom 20. Februar leistet sich folgende Verdächtigung:

„Wer also den Bau von Knappschaftskrankenhäusern gutheißt, sich nicht dagegen wendet, der arbeitet indirekt gegen die Wiedereinführung der Familienhilfe. Das sagt allen Kameraden gerade jetzt mit aller Deutlichkeit. Aber schnell, ehe es zu spät ist."

Das ist natürlich eine Niedertracht. Denn wenn jemand schuld ist, daß in der Knappschaft noch keine Familienhilfe wiedereingeführt ist, so ist es der Reichsarbeitsminister, der nicht mal entscheiden wollte, daß die Bergarbeiter sich selbst die Familienhilfe verschaffen. Angeblich scheute er vor dem Eingriff in die Selbstverwaltung zurück. Bei Verhinderung des Baues eines Knappschaftskrankenhauses trug er solche Bedenken nicht. Aber noch etwas ist zu sagen. Zur Familienhilfe gehört auch die Krankenhauspflege. Bereits bei der Einführung der Krankenhauspflege 1921 haben die konfessionellen Krankenhäuser der Knappschaft Schwierigkeiten bereitet. Sie konnten den Hals nicht voll kriegen. Wer deshalb verhindern will, daß die Knappschaft auch nur paar Krankenanstalten hat, damit sie preisregulierend auf die Pflegesätze wirken kann, der arbeitet zugunsten bestimmter konfessioneller Vereinigungen, zu denen er in geistiger Abhängigkeit steht. [illegible] arbeitet also indirekt gegen die Wiedereinführung der Famil[illegible] hilfe. Geht, Kameraden, und sagt dies den anderen, ehe [illegible] zu spät ist!

Die Rentenquetsche.

Um vor den Knappschaftskrankenhäusern die Bergarbe[illegible] gruselig zu machen, belieben neuerdings Herr Imbusch und „Bergknappe", sie als Rentenquetschen zu bezeichnen. Wir wi[illegible] daß unter Bergarbeitern dieser Ausdruck namentlich in bezug [illegible] das „Bergmannsheil", das bekanntlich kein Krankenhaus [illegible] Ruhrknappschaft, sondern der Sektion II der Knappschaftsber[illegible] genossenschaft gehört, geläufig ist. Wir fragen aber Herrn [illegible] busch und den „Bergknappen", ob sie nicht wissen, wodurch [illegible] Krankenhaus in den Ruf kommen kann, eine Rentenquetsche [illegible] sein? Es sind dies die Beobachtungsstationen, die den Kran[illegible] häusern diesen Ruf einbringen. Das katholische Elisabethhosp[illegible] in Bochum und sonstige konfessionelle Krankenhäuser, die s[illegible] Beobachtungsstationen haben, werden von den Bergarbei[illegible] nicht minder als die Knappschaftskrankenhäuser als Ren[illegible] quetschen bezeichnet. Uebrigens haben die Aeltesten unseres [illegible] bandes darauf gedrungen, daß z. B. im neuen Krankenhaus [illegible] Steele, wofür ein Arzt von gutem Ruf als Leiter gewählt wu[illegible] keine Beobachtungstation errichtet werden soll. Wenn Herr [illegible] busch die Rentenquetschen beseitigen will, so mag er durch s[illegible] Vertreter beantragen lassen, daß jede oberärztliche Nachun[illegible] suchung bei der Knappschaft unterbleibt.

Das religiöse Interesse, das gewahrt werden muß.

Treibt man die wütenden Bekämpfer der Knappschaftskran[illegible] häuser dadurch in die Enge, daß man ihre sachlichen Grü[illegible] widerlegt, und haben sie mal zufällig eine schwache Stunde, [illegible] gestehen sie — wie der Pfarrer Oster aus Steele — ein, daß [illegible] das religiöse Interesse ist, das sie zu der Bekämpfung der Kna[illegible] schaftskrankenhäuser treibt. Auch der Herr Reichsarbeitsmini[illegible] soll in einem solchen Augenblick geäußert haben, daß ein religi[illegible] Interesse vorläge, das gewahrt werden müßte. Nach diesem He[illegible] wäre es für einen strenggläubigen Katholiken sehr peinlich, w[illegible] er als Schwerkranker in einem weltlichen Krankenhaus zwis[illegible] einem Kommunisten und einem Freidenker läge und den Beist[illegible] seines Seelsorgers in dieser Umgebung empfangen müßte. Da[illegible] wollte doch wohl der Herr Minister nicht ausgedrückt haben, [illegible] in einem konfessionellen Krankenhaus der Gläubige den Mit[illegible] punkt bildet, um den sich alles dreht, während der Kommu[illegible] oder Freidenker ein Mensch niederer Art ist, der erst in zwei[illegible] Linie Berücksichtigung findet. Wir finden eine solche Auffas[illegible] sehr wenig tolerant.

Nach der eigenen Angabe des Zweckverbandes werden [illegible] Ruhrgebiet in seinen Häusern 90 Prozent der krankenhauspfle[illegible] bedürftigen Kranken der Ruhrknappschaft verpflegt. Hinter [illegible] Gewerkverein christlicher Bergarbeiter steht aber nur kaum [illegible] Drittel der Ruhrbergarbeiter. Die übrigen zwei Drittel le[illegible] kein Gewicht auf konfessionellen Beistand im Krankenhause, s[illegible] dern vielmehr auf eine sachgemäße ärztliche Behandlung. [illegible] nach dem Grundsatz, daß

dem kranken Bergarbeiter das Beste gut genug sein kan[illegible]

haben die Verbandsältesten der Errichtung einiger Knappscha[illegible] krankenhäuser zugestimmt, und sie werden dafür sorgen, daß d[illegible] Anstalten aufs beste mit tüchtigen Aerzten und guten Hi[illegible] mitteln versorgt werden. Neulich wurde uns eine Geschichte [illegible] zählt, die sich wie folgt zugetragen haben soll: In ein konfessione[illegible] Krankenhaus einer kleinen Ruhrstadt — im Volksmunde auch K[illegible] haus genannt — kam ein sogenannter besserer Bürger. [illegible] Schwester, die ihn kannte, fragte ihn, was er wünsche. Darauf[illegible] erzählte der gute Bürger und strenggläubige Anhänger, daß [illegible] sich an einem inneren Organ operieren lassen möchte. Die Schwes[illegible] die dem Herrn wohlwollte, gab ihm aber flüsternd den guten R[illegible] **daß er zu diesem Zwecke in eine große erstklassige Krankenans[illegible] in einer anderen Stadt gehen möchte, denn der Leiter des K[illegible] hauses verstände nicht viel davon.** Daraus ist zu ersehen, daß sel[illegible] die Schwester eingesehen hat, daß es nicht genügt, nur allein [illegible] Glauben stark zu sein, um erfolgreich als Arzt wirken zu könn[illegible] Da nun der gute Bürger auch eine wohlgespickte Börse hatte, [illegible] befolgte er den Rat der Schwester. Er ging in die erstklass[illegible] Anstalt, ließ sich operieren und blieb am Leben. Wir möch[illegible] wetten, daß er sich sogar einem jüdischen Arzt ans Messer gelie[illegible] hätte, wenn er dadurch sein teures Leben retten konnte.

Wie wäre aber die Geschichte ausgegangen, wenn es e[illegible] armer Bergmann gewesen wäre, der vom geschäftstüchtigen Gla[illegible] bensgenossen zur Operation in das Kosthaus geschickt word[illegible] wäre? Er hätte die fragwürdigen Künste des Leiters des Ko[illegible] hauses über sich ergehen lassen müssen. Da jedoch die Verband[illegible] ältesten nicht dulden können, daß so etwas auch in Zukunft vo[illegible] kommen soll, deshalb haben sie zugestimmt, daß hier und da e[illegible] erstklassiges Krankenhaus gesetzt wird, in dem nicht der Geistlic[illegible] sondern ein tüchtiger Arzt die erste Rolle spielt. Dadurch werd[illegible] auch die übrigen Krankenhäuser zu einem gewissen Wettbewe[illegible] gezwungen, was durchaus nicht zum Schaden der Bergarbei[illegible] sein wird.

Das Elend der Erwerbslosigkeit.

Bericht des Reichsarbeitsministeriums.

Nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministeriums ist [illegible] der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar die Zahl der unte[illegible] stützten Erwerbslosen von 1 767 000 auf 2 030 000 gestiegen. [illegible] Zahl der Zuschlagsempfänger erhöhte sich von 2 090 000 auf 2 357 0[illegible] Die Steigerung erklärt sich zum Teil durch die Verlängerung d[illegible] Unterstützungszeit von 26 bezw. 39 auf 52 Wochen und weiter au[illegible] dadurch, daß die Statistik zum erstenmal die arbeitslosen Ang[illegible] stellten erfaßt. Deshalb dürfte vielleicht zu sagen sein, daß [illegible] Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht h[illegible]

Dem entspricht ungefähr die Erhebung des Reichsarbeit[illegible] ministeriums über den Beschäftigungsgrad. Erfaßt wurden [illegible] Monat Januar Betriebe mit 1 427 123 Arbeitern und Angestellte[illegible] gegenüber 1 550 372 im Dezember 1925. Davon waren beschäfti[illegible] in Prozent:

	Dez. 1925	Jan. 1926	Jan. 1925
Schlecht	61	66	29
Befriedigend	25	24	40
Gut	14	10	29

Für den Anfang des Monats Februar wird eine leichte Ve[illegible] schlechterung gemeldet. Von Bedeutung ist, daß in der Provi[illegible] zum erstenmal seit Eintritt der Krise die Arbeitslosenzahlen a[illegible] genommen haben. In Berlin ist allerdings noch eine Steigerun[illegible] festzustellen; jedoch ist nach Mitteilung des Arbeitsamts Berlin [illegible] Brandenburg eine Anforderung von Fach- und Spezialarbeite[illegible] durch eine Reihe von Industrien zu konstatieren.

Aus dem Kreise der Kameraden.

† UNSERE TOTEN †

Zahlstelle Eving I. Im Alter von 64 Jahren starb nach schwerem Krankenlager einer unserer besten Funktionäre, der Kamerad Heinrich Diekenbroek. Er gehörte seit 1889 dem Verbande an und hat seiner Sache treu bis zum letzten Punkte gedient. Die Kameraden von Eving vergessen sein Wirken nicht!

Ein noch nicht genügend benutztes Kampfmittel.

Jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist es eine Selbstverständlichkeit, daß er nur durch seinen Verbandsbeitrag, durch die geschlossene Einheit der Arbeiterschaft zu einer Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen kommen kann.

Wer etwas weiter denkt, schließt sich auch der Partei an, weil er weiß, Lohnerhöhungen helfen nicht viel, wenn eine falsche Zoll- und Steuerpolitik ihm die kaum erreichte Verbesserung wieder vor der Nase wegnimmt. Diese Erfahrung haben wir besonders in den letzten Jahren deutlich machen können. Die Lohnerhöhungen sind in einem künstlich erhöhten Preisniveau versunken. Wollen wir das auf die Dauer verhüten, dann müssen wir diese privatkapitalistische Preisbildung durchbrechen. Wir müssen danach streben, daß durch Lohnerhöhungen nicht die Waren verteuert, sondern durch gleichzeitige Preissenkung die Kaufkraft des Lohnes weiter gesteigert wird. Die Privatkapitalisten erklären bekanntlich, daß beides zugleich nicht durchführbar wäre. Und doch können wir es, wenn wir nur ernsthaft wollen. Das beste Mittel hierzu ist der Anschluß an den Konsumverein, an die Konsumgenossenschaft.

Genau wie im Verband schließen sich hier die Massen der Verbraucher zusammen zum gemeinsamen Einkauf. Welche Macht würde die Arbeiterschaft Deutschlands ausüben, wenn sie allein durch den Konsumverein als Käufer aller Lebensmittel und Bedarfsartikel auf dem Weltmarkt auftreten würde? Das größte Weltwarenhaus würde dagegen im Vergleich aussehen wie ein kleiner Krämerladen.

Und je größer der Einkauf, desto billiger der Preis! Wir könnten jede privatkapitalistische Konkurrenz aus dem Felde schlagen. Zu einem guten Teil geschieht dies auch heute schon. Bei dem Warenumsatz der Konsumvereine wird der Verdienst des Großhändlers gespart. Sie brauchen auch nicht für Dividenden zu sorgen. Die so ersparten Gelder dienen zur Erweiterung der eigenen Fabrikation, zur besonderen Entlohnung der in den eigenen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Ganz besonders aber wird der Wert darauf gelegt, alle Waren besser und billiger an die Mitglieder abzugeben als der Privatkaufmann.

Allerdings: sogenannte „Lockmittel" gibt es im Konsumverein nicht. Dafür werden aber im Durchschnitt alle Waren 5 bis 10 Prozent billiger abgegeben, daneben am Jahresschluß auf die gekauften Waren noch Prozente in bar vergütet. Schließlich haben zahlreiche Vereine auch noch besondere Unterstützungseinrichtungen in Sterbefällen, sie helfen uns bei wirtschaftlichen Notzeiten, Streiks usw. Dadurch, daß sie stets bemüht sind, billiger zu verkaufen wie der Privathandel, drücken sie auch die Preise herab. Ist das nicht Grund genug für jeden Arbeiter, sofort Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden, sofern er es noch nicht ist? Notwendig ist jedoch, daß jeder Arbeiter vor allen Dingen auch seine Frau von diesen Vorteilen überzeugt, erst dann werden wir den vollen Erfolg auf unserer Seite haben.

Man wird es nicht erleben, daß dein Bäcker oder Metzger sein Brot oder Fleisch bei der Konkurrenz kauft. Sie gehen in den eigenen Laden, um die Bedürfnisse zu befriedigen. So sollen auch unsere Frauen in den eigenen Laden gehen, in den Konsumverein, weil sie sich letzten Endes immer besser dabei stehen werden!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Unternehmerwillkür auf Holland III/IV/VI.

Nachdem am 8. Februar der neue Schacht 6 in Betrieb genommen worden ist, legt die Verwaltung ein Gebaren an den Tag, das unter keinen Umständen gutgeheißen werden kann. Zunächst wurde die Zeit der Markenausgabe um 5 Minuten und die Zeit der Lampenausgabe um 10 Minuten gekürzt. Obwohl die Arbeitsordnung vorschreibt, daß die Zeit der Marken- und Lampenausgabe nur im Einvernehmen mit dem Betriebsausschuß geregelt werden darf, hält die Verwaltung von Holland dieses für überflüssig. Wahrscheinlich in dem Bewußtsein, daß die Unternehmer unter den heutigen Verhältnissen überall Recht bekommen, denn für den Kumpel gibt es ja kein Recht, was die Berggewerbegerichtsurteile ja nur zu deutlich beweisen. Während sonst die Markenausgabe bis 15 Minuten vor Schluß der Seilfahrtszeit währte, jagt man jetzt um diese Zeit die Leute wieder nach Hause. Obwohl die Kumpels von Holland bei den Feierschichten und niedrigen Löhnen ja schon alle reif sind für das Armenhaus. Den Durchschnittslohn für die Gedingearbeiter in der tariflichen Höhe zu halten hält die Verwaltung ebenfalls nicht für nötig, wie sich dieses ja im letzten Dezember gezeigt hat. Hohe Leistung wird selbstverständlich verlangt, aber es darf nichts kosten, vor allen Dingen kein Holz oder sonstiges Material. Es ist ein Skandal, wie es in manchen Revieren in dieser Beziehung aussieht. In manchen Streben kann man vor lauter gebrochenen Stempeln überhaupt nicht herauf- oder herunterkommen. Man denkt nicht daran, diese neu einzuwechseln, dafür hat man kein Holz. Die Förderstrecken sind teilweise in einem Zustand, daß es mitunter zum Gotterbarmen ist, wie die Lehrhauer sich mit den Förderwagen hindurchschinden müssen. Reparatur gibt es nicht, weil eben kein Holz da ist. Gibt es doch sogar Förderstrecken, wo stellenweise vier bis fünf Zimmerungen der Reihe nach vollständig fehlen, und zwar im druckhaften Gebirge. Daß hierdurch Unfälle unvermeidlich sind, ist selbstverständlich. Reparaturhauer gibt es ja heute nicht mehr, die werden gekündigt. Wozu denn auch bei dem chronischen Holzmangel? Ob die Bergbehörde diese Mißstände bei ihren Befahrungen nicht sieht? Oder ist es richtig, was die Kumpels sagen, daß von einer Behörde, die mit dem Unternehmer durch dick und dünn geht, kein Schutz für die Bergarbeiter zu erwarten ist? Wo bleiben übrigens die Grubenkontrolleure? Müssen erst wieder mehrere große Massenunglücke vorkommen? Bei der heutigen Arbeitslosigkeit ist ja Ersatz genügend vorhanden. Die Hauptsache ist, billig zu produzieren, selbstverständlich auf Kosten der Kumpels. Das ist ja die berühmteste Methode der kapitalistischen Wirtschaft: nach unten abbauen und nach oben aufbauen. Täglich kann man die Erfahrung machen, daß in den oberen Verwaltungsstellen immer mehr neue Herren hereingeschoben werden, wenn sie auch vom Betrieb keinen Schimmer haben. An den Schweißtropfen der Kumpels sitzt ja noch was dran. In bezug auf Behandlung kann man auf hiesiger Schachtanlage das Tollste vom Tollen erleben. Nicht nur die schönsten Kosenamen in allen Tonarten oder ständige Drohungen mit Kündigung oder mit Strafen seitens einzelner Beamten sind festzustellen, sondern in den letzten Tagen ist es sogar vorgekommen, daß sich ein Steiger Gr. an einem Bremsjungen tätlich vergriff und ihn erheblich verletzte, so daß derselbe mehrere Tage feiern mußte, was durch ärztliches Attest bewiesen werden kann. Der Verwaltung möchten wir dringend raten, in Zukunft derartige Vorkommnisse zu verhüten, sonst kann es leicht vorkommen, daß die Kumpels mit derartigen Burschen kurzen Prozeß machen. Ein zweitesmal wird sich die Belegschaft von Holland das nicht gefallen lassen. Stellt es sich doch stets heraus, daß derartige Beamte, die sich den Kumpels gegenüber die größten Gemeinheiten erlauben, ihre Dummheit in betrieblichen Kenntnissen damit verdecken wollen. Dem Kumpel gegenüber ist scheinbar alles erlaubt, aber wehe dem Kumpel, wenn er sich mal hinreißen läßt und seinen Gefühlen freien Lauf gibt! Im selben Moment sitzt er auf der Straße. Wo soll sich der Bergmann nun sein Recht suchen? Vielleicht bei der Bergbehörde? Das hieße den Teufel beim Beelzebub verklagen. Gerade unter den heutigen Verhältnissen ist es notwendig: erstens mehr Rechte für die Betriebsräte und sofortige Einführung der Grubenkontrolleure, zweitens Abschaffung der Berggewerbegerichte, an deren Stelle Schaffung von wirklichen Arbeitsgerichten mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Und auch dann erst wird es mit den Rechten der Bergarbeiter anders aussehen, wenn vor allen Dingen die Bergarbeiterschaft es einsieht, sich restlos zu organisieren und der geschlossenen Front der Arbeiter gegenüber zu stellen. Den Berggewaltigen aber möchten wir zurufen: Nur so weiter, desto eher bricht sich das kapitalistische System den Hals, denn der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht!

Aus Niederschlesien.

Wissentliche Unwahrheit oder Irreführung?

In der Schlichtungsverhandlung über die Regelung der Löhne im niederschlesischen Steinkohlenbergbau am 4. Dezember 1925 wurde vom Schlichter in einer Protokollnotiz folgende Empfehlung ausgesprochen:

Protokollnotiz.

„Dem Schlichter erscheint es zweckmäßig, die Lohnordnung den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Es wird daher den Parteien empfohlen, hierüber in Verhandlungen einzutreten. Durch die Umstellung der Lohnordnung sollen den Werken keine Mehrlasten entstehen."

Auf Grund dieser Empfehlung stellten die Organisationen den Antrag, die tariflichen Löhne den wirklich verdienten Löhnen anzupassen. Daß die Verhältnisse auf diesem Gebiet unhaltbar geworden sind, streitet außer einigen Unternehmern niemand mehr ab. Wir wollen auch hier der Oeffentlichkeit an einigen Beispielen die Unhaltbarkeit der Lohnordnung nachweisen. Der Gedingedurchschnittslohn des Hauers gemäß § 7 Abs. b des Manteltarifs beträgt 4,21 Mk., der wirklich verdiente Durchschnittslohn betrug im letzten November 5,65 Mk., das ist eine Spannung von 1,44 Mk. je Schicht. Der Hauermindestlohn beträgt jedoch nur 3,64 Mk. je Schicht. Daß die Unternehmer diese Schwäche des Tarifvertrages willkürlich ausnützen, ging auch am 16. Februar aus einer Berggewerbegerichtsverhandlung klar hervor. Hatte man doch auf der Viktorgrube eine Position mit 3,76 Mk. als Hauerlohn entlohnt. Daß auch die Löhne der Arbeiter über Tage nicht haltbar sind, geht daraus hervor, daß keine einzige Gruppe mehr vorhanden ist, welche nur nach dem Tarifvertrag bezahlt wird. Ueberall werden Prämien und sonstige Leistungszuschläge bezahlt. Jeder im Arbeitsrecht Erfahrene muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die Lohntafel unhaltbar geworden ist. Nur von den Unternehmern kann man eine derartige Einsicht nicht verlangen. Sie haben ja auch ein Interesse daran, ihnen unliebsame Arbeiter im Verdienst möglichst kurz zu halten.

Ein weiterer und schwerer Nachteil ist, daß nach den Richtlinien des Reichsknappschaftsvereins die Renten der Knappschaftsinvaliden nach den tariflichen Gedinge-Hauerdurchschnittslöhnen errechnet werden. Der tarifliche Hauerdurchschnittslohn beträgt je Schicht 4,21 Mk. Der monatliche Betrag der Invalidenpension beträgt demnach 42,10 Mk. Nach dem wirklich verdienten Hauerdurchschnittslohn müßte die Rente jedoch für November 56,65 Mk. betragen haben. Um 14,55 Mk. waren die Knappschaftsinvaliden pro Monat durch die Rückständigkeit unserer Lohnordnung geschädigt. Das macht in einem Jahre 174,60 Mk. für einen Invaliden aus. Die Kurzsichtigkeit der Unternehmer treibt hier geradezu groteske Blüten. Die Beiträge für die Pensionsversicherung setzt heute der Reichsknappschaftsverein fest. Niederschlesien muß einen bestimmten Betrag für die notleidenden Bezirksknappschaftsvereine abführen; trotzdem zahlt gerade Niederschlesien infolge der rückständigen Lohnordnung die niedrigsten Knappschaftsrenten im gesamten Reichsknappschaftsverein. Die Organisationen müssen die Verantwortung hierfür den Unternehmern in ihrer vollen Höhe zuschieben, denn nicht nur den Invaliden wird dieses Geld entzogen, sondern auch dem gesamten Gewerbestand des niederschlesischen Reviers.

Recht eigenartig gestaltete sich nun die Verhandlung am 14. Januar 1926 über die Schaffung einer neuen Lohnordnung. Die Unternehmer erkannten die Notwendigkeit der Umstellung nicht an. Nach ihrer Ansicht ist die Lohnordnung vom 1. Mai 1925 geradezu ein Ideal. Das mag von ihrem Standpunkt aus richtig sein, vom Standpunkt der Arbeiter und des Tarifrechts im allgemeinen ist es unverständlich. In der Frage der Invalidenpension gab der Vorsitzende in der Verhandlung die Erklärung ab, daß dieses Moment hinfällig geworden sei. Es liege ein Urteil vor, wonach die Renten nicht mehr nach den tarifvertraglichen, sondern nach den wirklich verdienten Durchschnittslöhnen der Gedingehauer berechnet werden müssen. Den Arbeitervertretern kam diese Mitteilung sehr überraschend. Sie gaben deshalb auch durch den Kameraden Hoffmann die Erklärung ab, daß ihnen von einem derartigen Urteil nichts bekannt sei. Hoffmann richtete noch besonders die Frage an den Vorstandsvorsitzenden der Niederschlesischen Knappschaft, ob er die Erklärung des Vorsitzenden, es liege ein Urteil vor, bestätigen könne. Diese Frage wurde bejaht.

Wir betonten bereits, daß den Arbeitervertretern diese Erklärung sehr überraschend kam. Es war ihnen wohl bekannt, daß ein Prozeß aus dem Senftenberger Revier in dieser Frage schwebt und daß ein Urteil vorlag, welches die Richtlinien des Reichsknappschaftsvereins zur Berechnung der Renten bestätigte. Gegen dieses Urteil wurde Revision eingelegt. Der fünfte Revisionssenat entschied am 1. Oktober 1925, daß der wirklich verdiente Hauerdurchschnittslohn zur Berechnung der Renten zugrunde zu legen sei. Im letzten Satz dieser Entscheidung heißt es: „Zur weiteren Aufklärung in dieser Hinsicht war die Sache an das Berufungsgericht zurückzuweisen."

Der Knappschaftssenat fällte also kein Urteil, sondern nur einen Entscheid, und wies die Sache an das Berufungsgericht zurück. Es war den Vertretern der Arbeiter nicht bekannt, ob vielleicht einige Tage zuvor ein Urteil vom Berufungsgericht ergangen sei. Nach den bestimmten Mitteilungen der Unternehmer mußten die Arbeitervertreter annehmen, daß tatsächlich ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. In einem Schreiben vom 19. Januar 1926 forderte der Bergarbeiterverband auf Grund der bestimmten Behauptung von der Verwaltung der Niederschlesischen Knappschaft folgendes:

1. Die Umrechnung der Renten nach den wirklich verdienten Hauerdurchschnittslöhnen.
2. Die Nachzahlung des Fehlbetrages seit Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes.
3. Die Verzinsung des Fehlbetrages seit Inkrafttreten des rechtskräftigen Urteils.

Man hätte nun annehmen müssen, daß die Umrechnung der Renten nach den bestimmten Aeußerungen der Unternehmer sofort erfolgen würde. Darin haben sich die Organisationen leider sehr schwer getäuscht. Am 19. Januar 1926 ist das Schreiben des Bergarbeiterverbandes an den Bezirksknappschaftsverein abgegangen. Bis heute ist demselben eine Antwort darauf nicht erteilt worden. Am 5. Februar 1926 wurde ihnen nur mitgeteilt, daß die Verwaltung die Angelegenheit vor die am 11. Februar stattfindende Vorstandssitzung bringen wird. Das deutete schon auf ein schlechtes Gewissen hin. Was man nicht für möglich gehalten hätte, traf nunmehr ein. Die Unternehmervertreter im Vorstand der Niederschlesischen Knappschaft mußten in der Vorstandssitzung am 11. Februar zugeben, „daß sie sich geirrt hätten", es liege kein rechtskräftiges Urteil vor, sondern eben nur die Entscheidung. Das klingt so unglaublich, daß ihnen das kein normaler Mensch mit gesunden Sinnen glaubt. Die Entscheidung ist so klar, daß ein Mensch, der nur die primitivste Schulbildung besitzt, nicht im unklaren darüber bleiben konnte, daß kein rechtskräftiges Urteil vorlag. Von akademisch gebildeten Männern muß man annehmen, daß sie gewußt haben, worum es sich handelt, daß nur der Widerwille, eine neue Lohnordnung zu schaffen, sie zu einem derartigen Schritt verleitet hat. Infolge dieser Halsstarrigkeit müssen die Invaliden nach wie vor 14,55 Mk. je Monat einbüßen. Wir werden auf unserer Forderung bestehen bleiben. Die Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft haben nun einmal dort die Erklärung abgegeben und wir müssen es ihnen überlassen, nunmehr auch ihre Erklärung in die Tat umzusetzen. Wir müssen es der weitesten Oeffentlichkeit überlassen, sich ein Urteil über ein derartiges Vorgehen der Unternehmer im Bergbau zu bilden.

Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Bergarbeiterkonferenz im Oberröblinger Revier.

Am Sonntag, den 14. Februar, fand in Wansleben unter der Litung des Kameraden Hesse die Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes für das Revier Halle-Oberröblingen statt. Die Konferenz war von über 50 Delegierten und Betriebsräten besucht, die den Referaten des Kameraden Hesse über die Lage im Bergbau und des Kameraden Reddigau über Tarifwesen und Knappschaft einmütigen Beifall zollte.

In einer ausgiebigen, äußerst anregenden, von strengster Sachlichkeit getragenen Aussprache ging der einstimmige Wunsch der Kameraden dahin: Wiedereinführung des Achtstundentages, Förderung der Sozialfürsorge und wesentliche Aufbesserung der ungenügenden Löhne. Die Konferenz nahm die nachstehende Entschließung einstimmig, und zwar mit dem besonderen Bemerken, daß diese Gesamtmeinung der Kameraden in der Hauptsache an die unorganisierten Kameraden gerichtet sein soll.

Entschließung.

„Die am 14. Februar 1926 in Wansleben tagende Konferenz der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes und der Betriebsräte für die Bergbaureviere Halle und Oberröblingen beschließt, mit Entschlossenheit alle Bestrebungen der Unternehmer zu bekämpfen, die zum Ziele haben: Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Löhne, Abbau der Sozialfürsorge.

Die Konferenz fordert einmütig die Wiedereinführung des Achtstundentages für den Bergbau, eine wesentliche, den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung und eine den Bergarbeitern günstige Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung.

Die Konferenz verurteilt die den Unternehmern vorteilhafte Schiedsspruchpolitik des Reichsarbeitsministeriums und fordert die Kameraden zur Selbsthilfe mittels der gewerkschaftlichen Organisation auf.

Sie richtet daher den dringenden Appell an die unorganisierten Kameraden des gesamten Reviers, sich sofort dem Bergarbeiterverband anzuschließen.

Arbeitszeit und Lohnkämpfe stehen bevor; siegreich für die Bergarbeiter können die kommenden Wirtschaftskämpfe nur unter Führung starker Organisationen beendet werden.

Die von den Unternehmern ausgehaltenen wirtschaftsfriedlichen Verbände und Knappenvereine (Gelbe) sind nur die Schutzgarden ihrer Gründer und ein Hemmnis jedes freien Aufwärtsstrebens aller ehrlich denkenden Bergarbeiter.

Deshalb Kampf und Sieg durch die Mitgliedschaft im Bergarbeiterverband!"

Einstimmige Annahme fand auch die folgende Entschließung zur Abstimmung im Reichstage über die Knappschaftsnovelle. Lebhafte Freude löest die Mitteilung aus, daß durch die eifrige Werbearbeit der Kameraden in der Werbewoche dem Verband im Bezirk weit über 1000 Kameraden gewonnen worden sind.

Entschließung.

„Die am 14. Februar 1926 in Wansleben tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beschließt, bei dem Vorstand des Verbandes dahingehend zu wirken, daß die Abstimmungen im Reichstage über das Knappschaftsgesetz namentlich vorgenommen werden. Besonderes Gewicht legt die Konferenz darauf, diejenigen Abgeordneten der SPD. und KPD. kennen zu lernen, welche bei der Abstimmung fehlten."

Die Konferenz war ein Erlebnis für alle Teilnehmer. Ohne jeden Mißklang wurden Meinungsverschiedenheiten in echter kameradschaftlicher Art ausgetragen. Es geht vorwärts in der ehemaligen Hochburg der Gelben, deren Blütezeit längst überwunden ist.

Besondere Freude löste die Anwesenheit von drei Verbandsveteranen aus. Es sind dies die Kameraden Schuster, Hoppe und Ködderitz, die weit über 25 Jahre dem Verband als Mitglieder gedient haben.

Hannover, Braunschweig, Hessen, Lippe.

Wer hat gelogen?

Die Braunschweigischen Kohlenbergwerke A.-G. in Helmstedt teilen in ihrem Geschäftsbericht für das verflossene Jahr u. a. mit, daß sich die Rohförderung von 3,11 Mill. To. im vorletzten Geschäftsjahr auf 3,48 Mill. To. im letzten Geschäftsjahr erhöht hat. Der Rohkohlenverkauf konnte von 1,2 auf 1,4 Mill. To., die Brikettherstellung von 710 000 auf 738 000 und die Stromerzeugung um 20 Prozent gesteigert werden. Dabei hat die genannte Firma im Laufe des Berichtsjahres die Belegschaft von 4042 auf 3174 Köpfe abgebaut. Die Aktivposten in der Bilanz, insbesondere die Bankguthaben, zeigen eine äußerst günstige Entwicklung, so daß die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 12,75 Mill. Mk. einen Reingewinn von 1,52 Mill. Mk. erzielte. Daraus wird eine Rekorddividende in Höhe von 12 Prozent verteilt.

Die Braunkohlenindustrie gehört zu den Wirtschaftszweigen, die ständig über eine schlechte Geschäftslage klagen. Sie hat es denn auch erreicht, daß die Schichtzeit für die Belegschaft ganz bedeutend über den Achtstundentag, den Normalarbeitstag, erhöht wurde. Das glänzende Ergebnis der Braunschweigischen Kohlenbergwerke beweist schlagend, daß man in der Braunkohlenindustrie bei Gelegenheit der Schichtverlängerung die Lage so dargestellt hat, wie sie nicht ist, mit dem ausgesprochenen Zweck, den Arbeitstag zu sabotieren.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 9. Woche (vom 21. bis 27. Februar) fällig. Wir bitten um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherrevision.

Lintfort. Vom 1. bis 15. März.

Oespel II. Für die Monate März und April muß jedes Mitglied laut Beschluß der Zahlstellenversammlung eine Kranzspendemarke kleben.

Holthausen-Börnig. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag beim Kameraden Hoffmann in Börnig, Barbarastr. 7. Die Mitglieder werden gebeten, regen Gebrauch von der Entnahme der Bücher zu machen.

Der Jungkamerad

Wo fehlt es?

„Wir brauchen nicht zu streiken, wenn wir einig sind!" Ein alter Vorkämpfer und Mitbegründer unseres Verbandes hat dieses Wort geprägt zu einer Zeit, in der man in Deutschland noch keine starke Bergarbeiterorganisation kannte. Damals waren die Bergarbeiter in konfessionellen Knappenvereinen und ähnlichen Gebilden vereinigt und dadurch zugleich in die verschiedensten Lager gespalten.

Der wirtschaftliche Druck des kapitalistischen Wirtschaftssystems lastete auch damals schon sehr schwer auf den Bergarbeitern. Ungenügende Entlohnung, übermäßig lange Arbeitszeit, werksherrliche Willkür und andere Symptome verursachten damals schon vereinzelte Streiks und Aufstände. Da aber bei den Streiks der starke Rückhalt und die Einheit der beruflichen Organisation fehlte, verliefen diese Ausstände meist erfolglos bezw. unter dem Hohn der Arbeitswilligen.

Eine tiefe Tragik lastete über dem Schicksal der Bergarbeiter. Auf der einen Seite drückte die wirtschaftliche Not, andererseits sah man die Bergarbeiter uneinig und zersplittert. Nur wenige erkannten, was notwendig und nützlich war. Zweimal schon hatte man im Ruhrgebiet einen „Grubenarbeiterverband" gegründet, doch kam dieser nie über sein Anfangsstadium hinaus. Die Rufer nach Einigkeit waren Prediger in der Wüste.

Die obenzitierten Worte von Ludwig Schröder fanden erst lebendigen Widerhall in den Bergarbeiterkreisen nach dem großen Massenstreik im Jahre 1889. Der Riesenkampf ließ die Bergarbeiter erkennen, wie notwendig die Organisation ist, sollte eine dauernde Besserung der Arbeitsverhältnisse durch einen systematischen Kampf ermöglicht werden. Man kam zur Gründung unseres Verbandes. Schon nach einem Jahre zählte der Verband 50 000 Mitglieder. Endlich schienen die Bergarbeiter zu begreifen, daß nur eine starke Organisation sie aus der mißlichen Lage herausführen kann.

Doch schon nach fünf Jahren war die Mitgliederzahl von 50 000 auf 5000 zusammengeschmolzen. Unter dem Kreuzfeuer politischer und konfessioneller Hetze wurde das Mißtrauen unter den Bergarbeitern gegen die Organisation genährt und verbreitet. Werksherrliche Willkür und staatliche Unterdrückung trugen in reichem Maße zu dieser Entwicklung bei. Im Saargebiet wurde die bestehende Bergarbeiterorganisation durch diese Machenschaften vollkommen zerstört, im übrigen schien der Verband auch dem Verfall geweiht zu sein. Die Verbandskasse rechnete 1895 mit einem Defizit, das heißt mit einer Mehrausgabe von 4745 Mark ab. Mitten in diese Zeit des Niederganges kam der Essener Meineidsprozeß. Margraf als Redakteur der Zeitung mußte wegen Pressevergehens längere Zeit ins Gefängnis. Schröder als zweiter Vorsitzender des Verbandes und fünf andere Kameraden wurden im Prozeßverfahren zusammen zu 18½ Jahren Zuchthaus verurteilt. (Dieses Urteil wurde 1911 als Fehlurteil aufgehoben. Die Red.) In dieser trostlosen Zeit war es um den Verband schlimm bestellt. Als Margraf seine Gefängnisstrafe antrat, meinte er, den Verband würde er bei seiner Rückkehr nicht mehr vorfinden. Doch es kam anders.

„Sie wollen unseren Verband kaputt machen! Nun soll er erst recht vorwärts!" Unter dieser Parole setzten die Verbandskameraden ihre Werbearbeit fort. Trotz Bruderkampf, Stumpfheit und Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen, trotz aller Unterdrückung von außerhalb gaben sie den Kampf nicht auf. Der Erfolg dieses zähen Ausharrens blieb nicht aus. 1904 zählte man bereits wieder 100 000 Mitglieder. Dieses lebenswahre Beispiel aus der Gründerzeit unseres Verbandes muß uns ein nachahmenswertes Vorbild bleiben.

Wenn wir einig sind, brauchen wir nicht zu streiken! Dieses Wort hat auch heute noch eine gewisse Berechtigung. Nicht in dem Sinne, daß man glaubt, in Zukunft bleiben uns die bisherigen Machtkämpfe erspart. Nein, aber jeder Kampf setzt Bereitschaft und Rüstung voraus. Nicht zufällige Machtkämpfe garantieren den Fortschritt, sondern die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung kommen nur zustande durch ein zähes Festhalten an den Forderungen und Ausbau derselben.

Wenn wir einig sind... Dieses Wort muß auch heute noch ausgesprochen werden. Viele Bergleute haben noch nicht den tiefen Sinn und die große Bedeutung dieses schlichten Wortes erkannt. Viele hängen noch Phantomen und Ideen nach, die für ihr praktisches berufliches Leben durchaus keine Bedeutung haben.

Wir müssen uns deshalb wieder auf uns selbst besinnen. Nur ein kleiner Teil von dem Opfermut und Idealismus, der unsere Vorkämpfer beseelte, genügt, um den letzten Mann der Organisation zuzuführen.

Jungkameraden, zeigt durch die Tat, daß ihr gewillt seid, das teure Erbe der alten Kameraden zu würdigen und weiter auszubauen. Laßt keine Gelegenheit ungenützt! Werbt für den Verband! Nur durch Einigkeit und Macht kommen wir zum Erfolg!

Der Tarifvertrag.

3. Lage im Bergbau.

Bei der Betrachtung über die geschichtliche Entwicklung der Tarifverträge stellten wir fest, daß einzelne Berufsorganisationen schon jahrzehntelang den Tarifvertrag zu einem Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit gemacht hatten. Im Bergbau lagen die Verhältnisse anders. Erst die Kriegs- und Revolutionszeit brachte hier einen grundlegenden Wandel. Die Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Bergbauunternehmer im Jahre 1918 führte 1919 erstmalig zum Abschluß von Tarifverträgen. Vorher waren allerdings schon verschiedene Vereinbarungen über spezielle Fragen zustandegekommen.

Der Abschluß von Tarifverträgen richtet sich besonders nach den verschiedenen Bergbauarten. Wir unterscheiden dabei Steinkohle, Pechkohle, Kali, Braunkohle, Erz und Schiefer.

Die tarifliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse ist in den einzelnen Bergbauarten nicht einheitlich, sondern es bestehen dort sogenannte Revier- oder Ortstarife. Im Stein- und Braunkohlenbergbau bestehen nur Reviertarife, während für den Kalibergbau ein Tarifvertrag gilt, der für das ganze Deutsche Reich Gültigkeit hat. In Summa haben wir heute im deutschen Bergbau, und zwar in allen Bergbauarten, 70 Tarifverträge. Davon entfallen auf den Steinkohlenbergbau 8 und verteilten sich dieselben auf folgende Reviere und Belegschaften einschließlich der Nebenbetriebe:

1. Steinkohlenrevier Aachen (Wurmgebiet)	20 296	Mann
2. Ruhrgebiet	400 490	„
3. Freistaat Sachsen	23 292	„
4. Niederschlesien (Revier Waldenburg)	30 785	„
5. Oberschlesien	47 910	„
6. Niedersachsen	6 400	„
7. Bayern (Stein- und Pechkohle)	6 680	„
8. Saarrevier	72 000	„

Auf den Braunkohlenbergbau entfallen 3 Tarifverträge, die sich auf folgende Reviere und Belegschaften verteilen:

1. Mitteldeutschland	87 000	Mann
2. Köln	16 500	„
3. Bayern	950	„

Den Kalibergbau umfaßt ein Reichstarif mit einer Belegschaft von 25 888 Mann.

Die übrigen abgeschlossenen Tarifverträge verteilen sich auf die verschiedenen Arten des Erz- sowie Schieferbergbaues und andere Bergbauarten.

Der Inhalt eines jeden Tarifvertrages zergliedert sich im deutschen Bergbau in a) Bestimmungen des Manteltarifes, b) Bestimmungen des Lohntarifes.

Der Manteltarif bestimmt regelmäßig die Arbeitszeit, den Anspruch auf die Dauer des Urlaubs für jeden Arbeiter, die Höhe der Kohlendeputate, die Lieferung von Materialien und Gezähe, die besondere Entschädigung an Arbeiter in Krankheitstagen oder auch dann, wenn sie als Schöffe, Geschworene oder Beisitzer an ordentlichen Gerichten während der Dauer ihrer Arbeitszeit tätig sind. Daneben gibt es natürlich auch noch andere Fragen des Arbeitsverhältnisses, welche durch Bestimmungen des Manteltarifvertrages festgelegt sind.

Der Lohntarif hingegen sieht die festgesetzten Löhne für die einzelnen Arbeitergruppen vor.

Die Kündigungsfristen der Manteltarifverträge sind nicht alle einheitlich. Es gibt ein- bis dreimonatige Kündigungsfristen, die auf eine unkündbare Frist festgesetzt sind. Hingegen sehen die Lohntarife in überwiegender Mehrzahl eine einmonatige Kündigung vor.

Jugend.

Es ist kein Kampf mit lautem Siegen,
es ist ein stetes, stilles Müh'n:
Neue Keime zu entfalten
und aus übernommenem Alten
junges Leben zu gestalten
und mit Schönheit zu durchglüh'n.

Und ob's wenig auch, was jeder
für sich selbst vermag und kann,
Hand in Hand mit gleichgesinnten
Freunden trägt es doch bergan!

Keine Last drum sei zu lästig,
Keine Arbeit drum zu viel.
Auch das Kleinste wirkt zum Ganzen,
auch Mißglücktes hilft zum Ziel!

Schritt um Schritt und Weg um Weg
wollen so wir's weiter halten,
und wenn's Jahre dauern sollte,
bis die Saat beginnt zu blüh'n...

Unser Dank sei unser Glaube,
uns're Freude unser Müh'n:
Neue Keime zu entfalten
und aus übernommenem Alten
junges Leben zu gestalten
und mit Schönheit zu durchglüh'n.

Cäsar Flaischlen

Was ist ein Unorganisierter?

Er ist ein Egoist, Mammonist, Materialist, Pessimist, nur kein Idealist.

Er ist Egoist, weil er nur an sich denkt, ohne Rücksicht darauf, wie es den anderen Berufskollegen, die mit ihm oder nach ihm leben, geht. Er ist selbst ein Feind seiner Familie, weil es ihm gleichgültig ist, ob das durch die Gewerkschaften Erkämpfte erhalten bleibt oder verloren geht. Er steht immer abseits im Kampf, um sich dann dahin zu wenden, woher ihm der größte Vorteil winkt.

Er ist Mammonist, weil er sich am Beitrag vorbeidrückt, ganz zu schweigen von etwaigen außergewöhnlichen finanziellen Opfern für die Allgemeinheit, für die Gewerkschaftsbewegung. Bei Lohnbewegungen schimpft er unausgesetzt; er ist aber immer der erste, wenn es heißt, irgendwo Gelder in Empfang zu nehmen. Er wird sich stets aus kleinlichen finanziellen Gründen von der Arbeiterbewegung fernhalten, den Finger auf dem Knopf der Brieftasche, mißmutig, übelsinnig, maulend und räsonierend.

Er ist Materialist, weil er nur ernten, nicht säen will. Er macht sich gar keine Gedanken darüber, daß er ein Hindernis ist für den Aufstieg seiner Berufskollegen. Er macht sich kein Gewissen daraus, daß er tagtäglich seine Arbeitskollegen bestiehlt. Für nichts, was über den absoluten Magenbedarf hinausgeht, hat er Verständnis oder gar Bedürfnis. Für die ideellen Bestrebungen der Organisation hat er höchstens ein bedauerndes Lächeln.

Er ist Pessimist, sieht alles schwarz in schwarz, ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Er hat den Glauben an die Kraft des geeinten Proletariats verloren und arbeitet unbewußt tagtäglich an der Verschlechterung seiner eigenen Lebensverhältnisse. Unsicher und zaghaft wandelt er durchs Leben und gibt damit seinen Kindern als Vater und Erzieher den denkbar schlechtesten Wegweiser. Er ist der, der sich noch nicht zu der Ueberzeugung durchgerungen hat, daß der Mensch, der sich selbst verloren gibt, verloren ist und sich gleichgültig zu den harten, wahren Worten stellt: Leben heißt kämpfen!

Unternehmungsformen im Bergbau.

Der deutsche Bergbau hat, wie in vielen anderen Fragen, auch in den Unternehmungsformen gegenüber anderen Gewerbezweigen einige Sonderheiten aufzuweisen. Während in der übrigen Industrie die Aktiengesellschaft die herrschende Unternehmungsform ist, tritt dieser Bergbau, vor allem im Steinkohlen- und Kalibergbau, die Gewerkschaft ebenbürtig zur Seite.

Im folgenden soll das Unterschiedliche dieser beiden Unternehmungsformen kurz dargestellt und eine geschichtliche Begründung für diese Eigenheit gegeben werden.

Aktiengesellschaft.	Gewerkschaft.
Das Papier oder der Anteilschein heißt	
Aktie.	Kux.
Es lautet über	
einen bestimmten Geldbetrag (meist 1000 ℳ)	einen bestimmten Teil des Werkes (meist 1/100 des Bergwerks).
Die Rente, der Gewinn, den das Papier abwirft, heißt	
Dividende:	Ausbeute.
Diese wird verteilt	
einmal im Jahre.	viermal im Jahre.
Die Börse notiert die Wertpapiere	
in Reichsmarkprozent; z. B. für Deutsch-Lux:	in zahlenmäßiger Wertangabe; z. B. für König Ludwig:
2. Januar 1925 = 55,0 %	2. Januar 1925 = 18 000 RM.
9. „ „ = 67,76 „	9. „ „ = 22 000 „
20. „ „ = 79,75 „	20. „ „ = 23 500 „
1. Februar „ = 97,75 „	1. Februar „ = 24 500 „
An der Börse gehandelt wird	
die Aktie ohne gesetzliche Formalitäten, also wie Geld.	Beim Besitzwechsel ist eine Uebertragungsurkunde (Zessionsurkunde) notwendig.
Der Besitzer eines Wertpapiers heißt	
Aktionär.	Gewerke.
Der Besitzer eines Wertpapiers haftet	
mit dem Kurswert der Aktie.	mit seinem ganzen Vermögen.
Die gesetzliche Regelung ist enthalten	
im Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 10. Mai 1897.	in Landesgesetzen; in Preußen durch das Allgemeine Berggesetz von 1865.

Die Geschichte der bergmännischen Gewerkschaft geht bis in das frühe Mittelalter zurück. Vom Landesherrn wurde den Bergleuten das Recht zur Ausbeute der Bodenschätze verliehen, die es in genossenschaftlichen Formen auswerteten. Je kostspieliger aber die Ausbeute infolge der notwendigen Bohr- und Pumpanlagen wurde, um so mehr sahen sich die genossenschaftlich arbeitenden Bergknappen gezwungen, Geldgeber heranzuziehen, die mit dem eigentlichen Bergmannsberuf bald nichts anderes mehr als nur ihr Geld und dessen Verzinsung, die Rente, verband. Da auf diese Art und Weise die Bergknappen schon viel früher vom Kapital abhängige Lohnarbeiter geworden wären, griff der Staat ein. Er und nicht die Gewerkschaft stellte die Bergknappen ein, und zwar durch die Bergämter. Die Bergleute wurden vereidigt und waren genau wie die Grubenvorstände, in deren Händen die Leitung des Unternehmens lag, Beamte.

Im Jahre 1865 bezw. schon früher gab der Staat diese Bevormundung auf und nun trat auch die Aktiengesellschaft als Unternehmungsform im Bergbau auf. Trotzdem hat sich die Form der Gewerkschaft behauptet. Da der Besitzer eines Kuxes mit seinem ganzen Vermögen haftet, kann er, wenn ein Betrieb unrentabel arbeitet, gezwungen werden, Zuschüsse, sogenannte Zubuße, zu leisten, wozu ein Aktionär nicht verpflichtet werden kann. Die Uebertragung eines Bergwerksanteils in Form eines Kuxes ist ungleich schwieriger als die einer Aktie. Trotzdem hat sich ein lebhafter Handel auch mit diesen Wertpapieren ausgebildet. Für Kalikuxe ist der Hauptbörsenplatz Hannover, für Steinkohlenwerte Essen und Düsseldorf.

F.

Kursus für erwerbslose Gewerkschafts-Jugendfunktionäre.

Vom 7. bis 14. Februar veranstaltete das Bezirkssekretariat des ADGB. für Rheinland-Westfalen einen achttägigen Führerkursus für die zurzeit erwerbslosen freigewerkschaftlichen Jugendleiter. Als Tagungs- und Aufenthaltsort diente die Westische Jugendherberge bei Recklinghausen, deren moderner Ausbau allen gastlichen Anforderungen bestens genügte. Zu dem Kursus hatten sich über 100 Teilnehmer gemeldet; diese Zahl mußte infolge des großen Andranges auf 70 beschränkt werden. Von unserem Verband waren insgesamt 25 Jugendobleute vertreten.

Das Arbeitsprogramm der Tagung war reichhaltig und zweckentsprechend ausgefüllt. Im Mittelpunkt der Betrachtungen standen folgende Themen:

1. Ursachen u. Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.
2. Die moderne Gewerkschaftsbewegung, ihre Aufgaben in Staat und Wirtschaft.
3. Jugendfragen.
4. Die geschichtliche Entwicklung der Arbeit.
5. Arbeiterdichtung und Festkultur.

Als Referenten zu diesem Kursus wirkten folgende Personen mit: Dr. Meier, Dr. Seelbach (Düsseldorf), Schönlank, Maschke (Berlin), Dr. Berger, Vogt, Triem (Bochum), Meier (Annen).

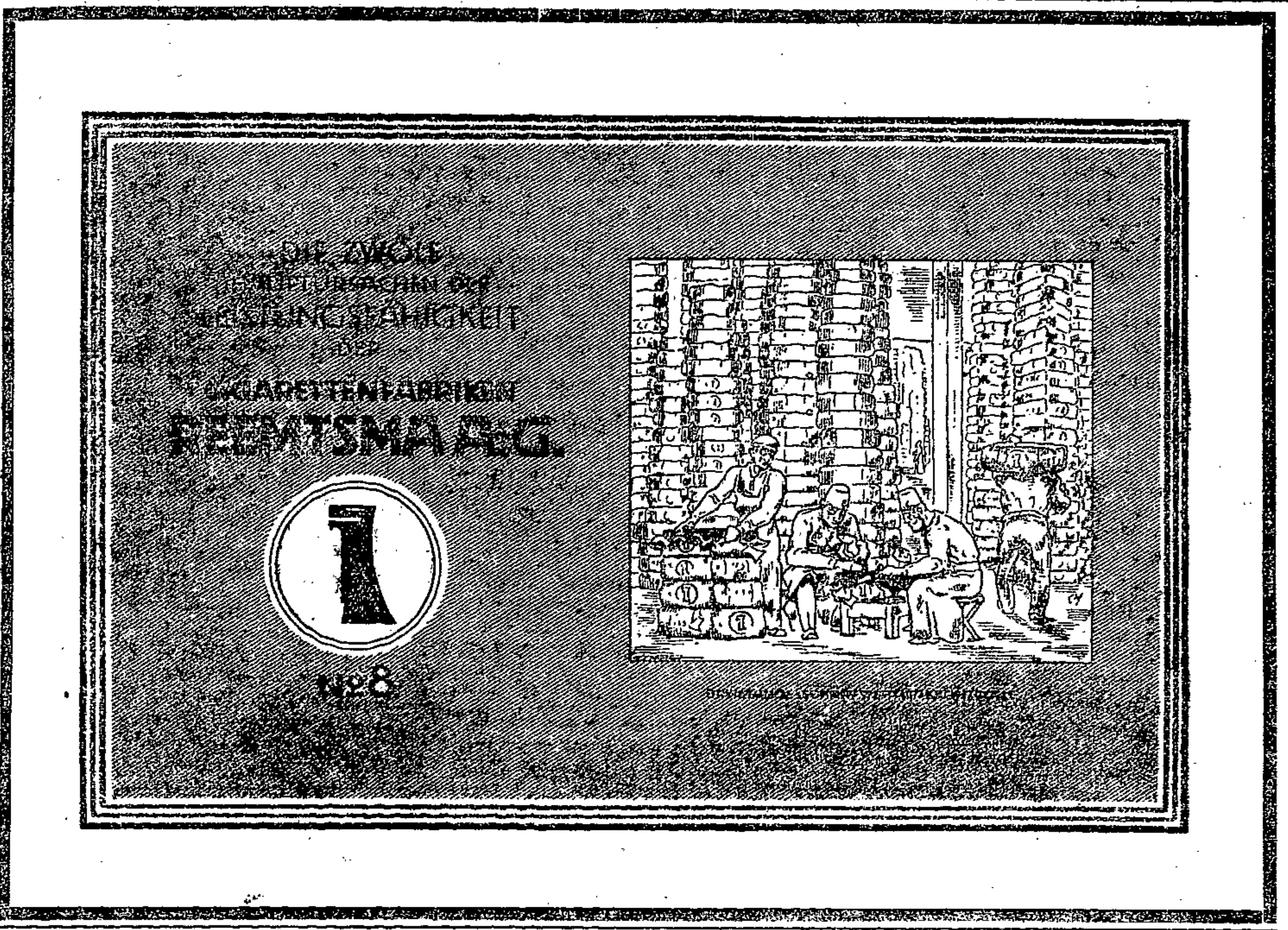
Das tägliche Arbeitspensum belief sich auf je vier Vorträge bezw. Arbeitsgemeinschaften.

Der Verlauf der Woche brachte ein befriedigendes Ergebnis. Die Kursusteilnehmer bezeugten einen ernsthaften Bildungsdrang und bewiesen großes Verständnis für die aufgeworfenen Fragen. Neben der geistigen Weiterbildung der Teilnehmer vertiefte das achttägige Zusammenleben den kameradschaftlichen Geist und das gegenseitige Verstehen. Hinsichtlich der seelischen und moralischen Schädigungen, die unserer erwerbslosen Jugend drohen, ist der Kursus als ein Stück wertvoller Erziehung und Bildungsarbeit zu bewerten. Dies um so mehr, da die Kursusteilnehmer als verantwortliche Jugendleiter erzieherischen Einfluß auf weite Kreise der erwerbstätigen bezw. arbeitslosen Jugend haben. Es ist deshalb eine dankenswerte Aufgabe, daß der ADGB. auch in dieser Hinsicht kein Mittel unversucht läßt, die Not der arbeitslosen Jugend zu mildern.

Hausfrauen! Das Leben ist Kampf! Auch die Frau gehört in die Reihen der Kämpfer für eine bessere Wirtschaftsform und für eine bessere Lebenshaltung. ☛ Also hinein in den Konsumverein „Wohlfahrt" Bochum. ☚

Werter Kamerad! Bist Du schon im Besitze unseres diesjährigen Bergarbeiter-Taschenkalenders?

Wenn nicht, dann wird es die höchste Zeit, einen solchen bei Deinem Vertrauensmann zu bestellen, da unsere Verlagsbuchhandlung nur noch über einen geringen Vorrat verfügt. Die Tatsache, daß im vergangenen Jahre die Bestellungen von nahezu 2000 Kameraden nicht mehr ausgeführt werden konnten, weil die Auflage zeitig vergriffen war, beweist zur Genüge die große Beliebtheit, deren sich der Kalender erfreut. Wer ihn einmal gehabt hat, bleibt auch ferner sein treuer Abnehmer. In diesem Jahre wurde die Auflage um die Hälfte der des Vorjahres erhöht und auch auf die textliche Ausstattung besonderer Wert gelegt. Ausführliche Artikel unterrichten den Leser über die Kohlenwirtschaft des In- und Auslandes. Das Grubensicherheitswesen, das Prozeßverfahren vor den Berggewerbegerichten und die deutsche Reichsverfassung sind ebenfalls in kurz gedrängter, aber leicht verständlicher Form behandelt. Neben Verhaltungsmaßregeln bei Unfällen bringt der Kalender dann noch verschiedene Adressen und einige sehr wissenswerte allgemeine Betrachtungen. Für Notizen bleiben neben 365 Tagesrubriken noch 45 Seiten. Dem in sehr geschmackvollem Einband hergestellten Kalender wird der Zweckmäßigkeit halber ein Bleistift beigefügt. Preis bei portofreier Zusendung 70 Pf. **Jeder Kamerad müßte ihn besitzen.**



Sie ernten zweimal

soviel wie bisher, auf der gleichen Fläche, ohne Mehrarbeit, wenn Sie Hochzucht-Original-Saatkartoffeln pflanzen. **Goldball**, Deutschlands beste Frühkartoffel, liefert aufsehenerregende Ernteerträge und ist unvergleichlich im Wohlgeschmack. Herr Willy Walz in Oberiringen (Wttbg.) schreibt: „Von Ihren Kartoffeln hatte ich durchschnittlich 35 Stück am Busch, einen Busch mit 85 Stück aufzuweisen." Herr Lehrer Kleese in La-hof (Westf.) erhielt im vergangenen Herbst den 1. Siegerpreis auf Goldball bei der landwirtschaftlichen Ausstellung.

Ferner empfehle ich noch die Spätsorten **Citrus** und **Doadara**, sie liefern ebenfalls Riesenernten und behalten ihren nußkernartigen Wohlgeschmack bis in das späte Frühjahr.

Goldball	20 Pfd. M. 2,60,	½ Ztr. M. 4,60,	1 Ztr. 8,80,	10 Ztr. M. 80
Citrus	20 „ „ 2,—	½ „ „ 4,20,	1 „ 8,—,	10 „ „ 75
Doadara	20 „ „ 1,80,	½ „ „ 3,80,	1 „ 7,30,	10 „ „ 70

Der geringe Preis für die Aussaat macht sich zehnfach bezahlt, weil Sie das Beste kaufen, höchste Ernten erzielen und Bewunderung bei Ihren Nachbarn hervorrufen.

Bestellen Sie sofort! und geben Sie Wohnort, Post- u. Bahnstation bitte sehr genau und deutlich an.

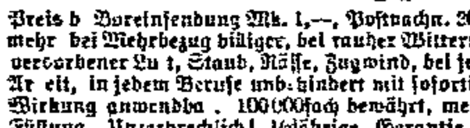
Willy Catterfeld — Saatzuchten — **Quedlinburg 30.**

Jeder spielt sofort Violine!

Mit dem durch D. R. G. M. (Auslands-Patente i. a. Kulturstaaten angem. gesetzl. gesch.) **„Solista-Apparat"** kann jedermann, ob alt oder jung, innerhalb 2-3 Stunden **tonrein Violine spielen!! Kein Lehrer, kein Notenlernen notwendig!** Der Solista-Apparat ist an jeder Violine in wenigen Sekunden ohne Beschädigung des Instruments anzubringen und wieder abzunehmen. Preis des vollständigen Apparates einschließlich der ausführlichen für jedermann sofort verständlichen Schule mit 16 Liedern Mk. 6,— frei Nachnahme.

Musikhaus Rich. Curth, Pforzheim 42

Zum Schutze des Bergmanns!



Taschen-Inhalierapparat

Preis b. Voreinsendung Mk. 1,—, Postnachn. 20 Pf. mehr bei Mehrbezug billiger, bei rauher Witterung verdorbener Luft, Staub, Nässe, Zugwind, bei jeder Arbeit, in jedem Berufe unbehindert mit sofortiger Wirkung anwendbar. 100 000fach bewährt, mehrj. Füllung. Unzerbrechlich! ½jährige Garantie für Wirkung! Glänzende Anerkennungsschreiben, Hochwichtige Gratisprospekte. Wo nicht vertreten! Bezug direkt beim Alleinfabrikanten:

F. X. Vogt, Vilsbiburg (Bayern).

Hören Sie schon drahtlos?

Wenn nicht, lassen Sie sich noch heute unsere illustr. Preisliste über Radio umsonst kommen. Von **Mk. 1,50** pro Woche liefern wir hochwertige, betriebsfertige Anlagen mit allem Zubehör. Ferner Fahrräder, Musikinstrumente und Photo-Apparate gegen Wochenraten v. Mk. 1 an und angem. Anzahlung.

Fischer & Lemble, Berlin 206, Emdenerstraße 40.

Unser Pracht-Katalog

mit vielen Tafeln in 9farbigem Offsetdruck, über 280 Abbildungen im Text und den **Bedingungen eines Preisausschreibens über 10000 Reichsmark in baren Geldpreisen** (keine Verlosung, kein Rätselraten) ist erschienen und steht kostenlos zu Diensten.

Pape & Bergmann G. m. b. H.

Gegründet 1889 **Quedlinburg 86** Gegründet 1889

Spezialhaus für erstklassige Gartensamen und Blumenzwiebeln **Dahlien-Großkulturen.**

☛ **Unsere Samen-Abteilung** wurde durch die grosse Hochwasser-Katastrophe am 30. 31. Dezember 1925 **nicht betroffen.** Jeder Auftrag, selbst der kleinste, wird, wie es seit Jahrzehnten bei uns selbstverständlich ist, **auf das gewissenhafteste erledigt.**

Leicht laufend, stabil u. dauerhaft sind meine **Pfadfinder-Räder** mit 2jähriger Garantie von **68** Mark an. Nähmaschinen, Sprechapparate, Gummi, Laternen etc. Preise niedr. Ill. Katalog gratis.

Emil Levy, Hildesheim. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Saatkartoffeln

Odenwälder, blaue, frühe Zwickauer Industrie per Ztr. Mk. 4,— Julinieren Ostara per Ztr. Mk. 7,50 liefert **Dannheim, Müden** Kreis Gifhorn.

Garantie-Fahrräder mit Freilauf

für **Herren: 76,00 M.** für **Damen: 84,00 M.**

Man verlange kostenlos Katalog von der **Sigurd-Gesellschaft m. b. H. Cassel 78.**

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfund graue, gute geschlissene Bettfedern 1,—, 1,20 M., halbweiße flaumige 1,50 M., weiße flaumige, geschl. 2,—, 2,50, 3,— M., feinste geschliss. Halbflaum-Herrschaftsfedern 4,—, 5,—, 6,— M. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestat., für Nichtpassend. Geld retour. Preisliste gratis.

S. Benisch, Prag XII, Böhmen, Krameriova Nr. 26/709.

Inserate i. d. Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!

Qualitäts-Betten von prima hochfein echtrot und gestreiftem Bettköper. Große Oberbetten mit 7 Pfund zartweicher Federfüllung 17,50, 20,50 große Unterbetten mit 6 Pfund Füllung 16,50, 19,50 23,50, große Kiss n mit 2 Pfund Füllung 4, 0, 6,50, 8,50 GM.

Bettfedern zartweiche Füllfedern 95 Pfg., bessere Qualität 1,50, graue geschlissene Fd rn 2,50, graue Halbdaune 3,25, weiße Halbdaune 4,—, extra aussortiert 6,50, graue Daune 8,50, weiße Daune 11,90 per Pfund. Große Steppdecken, alle Farben 16,50, 18,50, 22,—. Versand über ganz Deutschland. Muster u. Preisliste gratis. Nichtgefallend Umtausch oder Geld zurück, daher kein Risiko.

Kasseler Bettenfabrik **A. & M. Frankrone Kassel Nr. 39.**

Prüfet, wählt d. Beste! **Alles frei Haus!** Verpackung frei.

Holsteiner Käse in Edamer Form Ia.

2 Kugeln (9 Pfd.)	5,50
9 Pfd. Holländer Art	5,25
9 Pfd. Limburg. Art	5,95
9 „ Dän.-Schweizer, prima	11,95
9 „ Dän.-Holländer prima	8,25
9 „ Edamer, prima	9,95
9 „ Tilsiter Artkäse, fein, in Staniol	7,50
200 Harzerkäse	4,95
5 Pfd. Tilsi. erart u. 4 Pfd. ff. Landmettwurst zus.	11,50
9 Pfd. Ia. Speisefett	7,45
9 Pfd. Tafelmargarine	6,95
5 kg Eimer Pflaumen-Mus	5,75
5-kg. Dose neue Matjesheringe	5,95
1 Dose Brath. ringe, 1 Dose Geleeheringe 1 Dose Bismarckheringe u. 1 Kiste ff. Bücklinge zus. 5-Kg-Paket	5.75
35 D. Oelsardinen	10,95
9 Pfd. feste Mettw.	13,95

E. Napp, Altona (Elbe) 52.

Kammwolle per Pfund Mk. 3,—, **Mantelstoff** 140 cm p. m Mk. 2,40 sol. Vorrat, liefert die Wollspinnerei **Lichtenreuth B.**

Futterale für Mitgliedsbücher Preis 10 Pfg. **H. Hansmann & Co., Bochum i. W.**

Großer Katalog über alle Musikinstrument gratis! Harmonikafabrik **C. Max Härtel** Klingenthal-Sa. 4g.

Nur 4,80 Mk. kostet ein 10-Pfund-Eimer **ff. Preißelbeeren** m. 50 Proz. Zucker eingek. oder ein 10-Pfund-Eimer allerfeinstes preisgekröntes **Pflaumen-Mus** ganz was Leckeres oder eine 8-Pfund-Dose allerbeste **Matjes-Heringe**

Alfred Roth, Bergedorf b. Hamburg Kampstraße 7.

Altbekannte deutsch-christliche Firma.

Allerbeste Bezugsquelle für billige, erstklassige **böhmische Bettfedern.**

1 Pfund graue geschlissene M. 1, halbweiße M. 1,50, weiß. M. 2—, 2,50 u. 3—, Herrschaftsschleiß M. 4—, bester Halbflaum M. 5,— und 6,—, ungeschlissene, flaumige Rupffedern, halbweiß M. 2,20 weiß M. 2,50, 3,2., Flaumrupf M. 4,—, Daunen, grau 4,50 u. 5,50, weiße M. 7,—, hochfeine M. 10,—, allerbeste Spezialität M. 12, zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an portofrei. Nichtpassendes, Geld zurück, ausführliche Preisliste und Muster kostenlos.

Rudolf Blahut, Bettfedernhaus, **Deschenitz 78** (Böhmen).

40 Jahre bringen wir unsere reichhaltige Musterkollektion in **Herren- und Damen-Kleiderstoffen** auf Wunsch franko zum Versand. Tausende Belobigungsschreiben aus allen Teilen Deutschlands.

Lehmann & Assmy, Spremberg 233 Aelteste Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate an jeden Privatmann versendet

Stoffe! Ausnahmeangebot!

Nur kurze Zeit gültig, bestellen Sie daher sofort!

Nr.		Breite	Mk.
310	Ungebl. Baumwolltuch, feinfädig	70/75 cm	0,52
311	Ungebl. Baumwolltuch, gute starke Sorte	78 „	0,73
312	Ungebl. Baumwolltuch, stark wie Brett	140 „	1,45
313	Weißes Hemdentuch, sehr gute Gebrauchsware	80 „	0,91
314	Weißes Hemdentuch, Ia., das Beste vom Besten	80 „	1,05
315	Hemdenflanell, beste Strapazierware	70/75 „	0,86
316	Hemdenflanell, schwerste, reine Ware	70/75 „	1,08
317	Handtücher, farb. Mk. 0,50, feste Strap.-Ware	42 „	0,63
318	Handtücher, Gerstenk., weiß, beste Aussteuer-W.	42 „	0,65
319	Zefir, echt reine Ware mit schönen Streifen	70/75 „	0,78
320	Bettzeug, kariert, ganz vorzügl. Qualität	80 „	0,97
321	Bettzeug, die gleiche Qualität	120 „	1,60
322	Bettücher, weiß und farbig, Stück 3 Mk., 140/190 cm breit beste Qualität, in weiß und farbig		3,60

Meine Stoffe sind garantiert nur von reinen, echten und besten Garnen hergestellt und erhalten Sie vollen Betrag zurück, wenn meine Ware nicht besser und billiger als anderseits ist. Versand sofort per Nachnahme ab Mk. 10,—. Bei Bestellung über Mk. 20,— portofrei. Nicht Entsprechendes nehme ich zurück!

Robert Kummer, Webwaren-Fabrikate **Weiden i. Opf. 10.**

Erfurter Gemüse- u. Blumensamen landw. Sämereien, Saatkartoffeln Saatgetreide, Baumschulartikel, **Dahlienknollen etc.** empfiehlt sortenecht und zuverlässig **Samenhandlung zum roten Hirsch Erfurt 13.** Neueste Preisliste auf Verlangen. Auftragsammlern gewähren wir Rabatt.

Alle Wollsachen werden zu dauerhaften Herren- und Damenkleiderstoffen billig umgearbeitet in der Wollweberei **Karl Schütz** Lardenbach 65 (Oberhess.) Verl. Sie Muster portofrei

Böhmische Bettfedern

überall beliebt und bevorzugt, füllfertig. beziehen Si. am vorteilhaftesten direkt von mir. **Gereinigte graue Füllfedern** 1 Pfd. M. 1,30. **Weiße Schleißfedern** Pfd. M. 3,20. **Ia. Weißer Flaumrupf** M. 4,80. **Schneeweiße Halbdaunen** M. 6,80. **Reine Daunen** in weiß und grau M. 8,80. **Fertige Betten**, gut gefüllt M. 40,— und höher. Muster, sowie genaue Preisliste umsonst. Versand über ganz Deutschland. Täglich Anerkennungen aus allen Kreisen.

M. Mühldorfer, Bettfedern-Versand **Haidmühle 58** (Bay. Wald, böhm. Grenze)

☛ Umtausch jederzeit oder Geld zurück.

1 Mk. 3-Pfunddiste feinste **Vollbücklinge** 10 Kisten franko. **Hans Matthiessen,** Räucherei Eckernförde.

Ziehung 19. u. 20. März **Kriegs-Blinden-Geld-Lotterie** 4917 Gewinne in bar ohne Abzug Mk.

120000
ev. **60000**
Haupt-gew.: **40000**
20000

Orig.-Lose à 3,30 M. Porto u. Liste 35 ₰ extra empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme **Emil Stiller Nfg.** Bankhaus Hamburg, Holzdamm 37 Baldige Bestellung erw.

Mein Schaf, mein Kleid! Schafwolle verarbeitet billig zu **Herren- u. Damenstoff, Decken u. Strickgarn,** Tuchfabrik Vecke, Bramsche 8?, Muster frei

Lungenkranke

die bisher keine Heilung fanden und an **Asthma, Lungen-Tuberkulose, Lungenspitzen-Katarrh**, veraltet. **Husten, Folgen der Grippe** usw. leiden, trinken mit Erfolg meinen Birkenrindentee: **„Marke Hoffnungstal"**, unter Nr. 324888 beim Patentamt Berlin gesetzlich geschützt und vorher vom Städtisch. Untersuchungamt in Bielefeld begutachtet! Paket mit Gebrauchsanw. 1,25 M. fr. gegen Nachn. Zur Kur 6 Pakete für 5 M. erforderlich. Zu beziehen vom alleinigen Hersteller: Paul Detring, chem. Fabrik in Herford 41.

Gartenfreunde!

Ich will nicht blenden, darum keinen teuren Prachtkatalog, aber echten und hochkeimfähigen **Quedlinburger Gemüse- u. Blumensamen** liefere ich billig. Bestellen Sie noch heute mein **großes Hausgartensortiment** bestehend aus 35 Sorten der beliebtesten Gemüsearten wie: Erbsen, Bohnen, Möhren, Gurken, Salat, Zwiebel, Blumenkohl, Spinat, Rote Rüben, Radies usw. für **nur 4,00 Mk.** Bei Voreinsendung franko, sonst Nachnahme. Bei größerem Bedarf bitte Liste einzufordern.

Robert Blau, Quedlinburg H. Samenbau, Breitestraße 32.

Wichtig ☛ für Jedermann! **Rote Kugelkäse**

2 Kugeln 9 Pfd. M. 3,95
9 Pfd. rot Taf. k. M. 3,95
9 Pfd. gelbe Brodenkäse M. 3,95
9 Pfd. dän. Edam. Fettkäse M. 7,90
9 Pfd. dän. Tafel-Fettkäse M. 7,90
9 Pfd. dän. Schweiz. Fettkäse M. 9,90
Freibl. ab hier, Nachn.

H. Krogmann, Nortorf i. Holstein 502

Achtung! Achtung! **Gartenfreunde! Erdbeer-Neuz. Mignon**

Die beste aller Neusorten bringt Früchte v. 6—7 cm Durchmesser, sehr widerstandsfähig u. früh eif. Ein Beet v. 2 Reihen brachte b. e. ner Tagesernte 80 Pfund Riesenfrüchte. Solange Vorrat: 10 St. M. 3,— 20 St. M. 5,—, 50 St. M. 12,—.

K. Bogenhardt, Sämereien, Erfurt-Nord.

Harzer Edelroller 8, 10, 12, 15 u. 20 M. vers. auf m. Gef. 14 Tg. Probe eo. Betrag zurück. Preisliste 20 Pf. Hugo Werkmeister, Kallmerode 3, b. Leinefelde (H)

Bienen-Schleuder-**Honig** gar. rein, beste Qualität, goldklar, 10 Pfund Dose 10,50 Mk., halbe 6 Mk. frko. Nachn. 50 Pf. mehr. Garantie Zurücknahme **W. Krieger,** Imkerei, **Rietberg 20** (Westf.)

Such. Dauerabnehmer! **Ia. Tafelbutter** das Pfund zu 1,80 M. **II. Tafelbutter** das Pfund zu 1,70 M. in 6- u. 9-Pfund-Paket **Tilsiter Vollfettkäse** das Pfund zu 1,— M. **Tilsiter Halbfettkäse** das Pfund zu 0,70 M. in 9- bis 10-Pfd.-Laiben freibl. ab hier geg. Nachn.

W. Kanschat, Kraupischken, Kreis Tilsit-Ragnit.

Bettnässen Befreiung sofort. Auskunft kostenl. Alter und Geschlecht angeb. Dr. med. Hausmann & Co., Velburg 145 (Bayern).

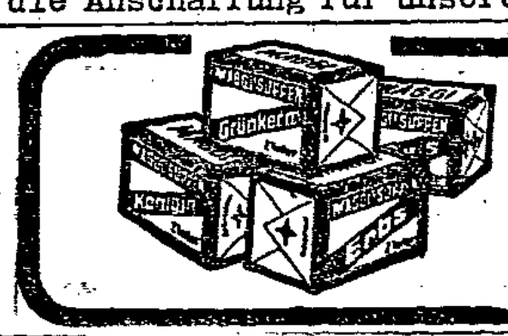
Ia. Harzer Käse feinste Qualitätsware, goldgelb, pikant und speckig. Kiste mit 60 St. 2.90 M. 2 Kist. 5.40 M. franko Nachnahme. Harzer Käsefabrik **Emil Schaß & Sohn, Blankenburg 16 (Hz.)**

Volksfürsorge Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherung

Bettfedern Fabrik Gustav Lustig

Berlin 1, Prinzenstr. 46 Bettfedern 0,95, 3,40, 5,10 usw. pr. Pfd. Echt chinesis., ges. gesch. Monopoldaunen, die ideale Bettfüllung, 3,50 p. Pfd. 3-4 Pfd. zum Oberbett. Fertige Betten, Bettwäsche, Bett-Inlette, sämtliche Bett- u. Schlafzimmerartikel, sehr preisw. Versand gegen Voreinsdg. des Betrages auf Postscheckkonto Berlin 25140 oder per Nachnahme. Proben u. Preisl. a portofr.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die naturgemäß auch auf die finanziellen Verhältnisse des einzelnen Arbeiters einen nachteiligen Einfluß ausübt, zwingt zur Einschränkung aller nur irgendwie entbehrlichen Bedürfnisse. Da nun das leibliche Wohl Voraussetzung ist für die geistige Fortbildung, ist es verständlich, daß die Ausgaben für kulturelle Bedürfnisse in erster Linie zum mindesten eingeschränkt, wenn nicht ganz ausgeschaltet werden. Jeder, dem die Zukunft unseres Verbandes und der Arbeiterbewegung überhaupt am Herzen liegt, sieht die überaus große Gefahr, die in der Beschränkung der geistigen Kost liegt. Wir wollen, soweit das in unseren Kräften liegt, hier fördernd für unsere Bewegung eingreifen. Grundlegend für jede aktive Gewerkschaftsarbeit ist das Werk von OTTO HUE: "Die Bergarbeiter, geschichtliche Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse", jedem Kameraden Gelegenheit zu geben, dieses so bedeutungsvolle Werk, das zugleich die Geschichte unseres Verbandes und darüber hinaus die der internationalen Bergarbeiterbewegung darstellt, zu erwerben, hat sich der Verbandsvorstand entschlossen, wieder wie in früheren Jahren Ratenzahlungen zu gestatten. Das Werk, in Halbleinen gebunden, umfaßt zwei Bände mit insgesamt 1215 Seiten. Gute Illustrationen zeigen die Kohlengewinnung in ihren Anfängen. Der Vorzugspreis für unsere Mitglieder ist 8 Mark bei vier Monaten Ziel und vier Ratenzahlungen zu 2 Mark. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß etwaige Bestellungen durch die Ortsverwaltung zuerfolgen haben und mit deren Stempel versehen sein müssen. Jeder interessierte Kamerad sollte von diesem äußerst günstigen Ausnahmeangebot Gebrauch machen und ist die Anschaffung für unsere Zahlstellenbiliotheken, soweit diese noch nicht darüber verfügen, unumgänglich notwendig.



Kochen kann jede Hausfrau. Aber **gut zu kochen** will verstanden sein. Auch die Zubereitung guter Suppen ist nicht leicht. Das erfordert Mühe und Zeit. Dieser Sorge ist die Hausfrau heute enthoben: Sie greift zu den kochfertigen **„MAGGI-Suppen-Würfeln"** und stellt daraus ohne langes Zurichten, in kurzer Zeit, nur mit Wasser die feinsten Suppen her. — 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg. —

Käse,
fetter Holsteiner, Tilsiter, 9 Pfund
5,75 Mk.
frei Haus.
Herm. Petow,
Hamburg 39A 153

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Meinel & Herold, Klingenthal i. Sa. No. 146
Musikinstrumente, Sprechapparate u. Harmonikafabrik
versenden
direkt an Private zu äußersten Preisen
unter Ausschaltung jeglicher preisverteuernden Verkaufsvermittlung durch Grossisten, Händler, Reisende etc. ihre von ersten Fachleuten hergestellten und bestens geprüften
Musikinstrumente Sprechapparate und Harmonikas
Hauptkatalog wird an jedermann kostenfrei versandt.
Ueber 14000 amtlich beglaubigte Dankschreiben aus Musikerkreisen beweisen schlagend unsere Leistungsfähigkeit.
Umtausch bei Nichtgefallen gestattet daher kein Risiko bei Bestellung
Violinen von M. 5.- an
Violin-Futteralis von M. 3.50 an.
Ordonnanz-Trommelflöt. von M. 4.25 an
Clarinetten von M. 9.- an
Große Flöten von M. 6.50 an
Ziehharmonikas 10 Tast. 2 Bässe M. 9.75
21 " 8 " " 18.50
Ziehharmonikas 10 Tast. 2 Bässe von M. 5.75 an
Gitarren mit Mechanik kompl. von M. 12.50 an
Mandolinen mit Mechanik kompl. von M. 7.50 an
Konzertzithern in großer Auswahl von M. 15.- an
Ordonnanz-Signalhörner M. 4.25
Trompeten von M. 3.75 an
Alle Aufträge von M. 10.- an führen wir innerhalb Deutschland portofrei aus.

Seefische in Eispackung!
Seefische nach uns. Wahl, wie Schellfisch, Cabliau, Goldbarsch usw., Kochb. grat. Fang entspr., 25 Pfd. M. 6,—, 50 Pfd. M. 11,—, 100 Pfd. Mk. 20,—, Rotzungen, Bismarckheringe, Filetheringe je M. 2,90, neue Bratheringe M. 2,40, gebr. Fischkoteletts M. 2,80, Bratschellfische M. 2,70, Hering in Gelee M. 2,80, Seeaal in Gelee M. 6,70, Rennaugen M. 6,70, all. in 4-Literdosen. Bei 7 4-Literdosen (auch sortiert) jede Dose 30 Pf billiger. Deutsche Fettheringe, 1/1 Tonne, ca. 1000 St., M. 60,—, 1/2 To. M. 34,—, 1/4 To. M. 18,—. Neue 1926er Norwegische Vollheringe, ca. 5-600 St. in 300-Pfd.-To., M. 30,—, 1/2 To. M. 19,—, 1/4 To. M. 10,—. Geräucherte Fettbücklinge, die 5-Pfd.-Kiste M. 1,50 (nicht unter 4 Kisten). Preise ab hier. Nachnahme. Eilgutfracht für Fischwaren billiger als Post. Ausnahmetarife.
Gebr. Nösinger, Wesermünde-S. 268.

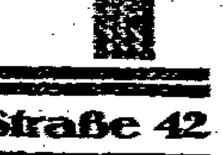
Gute Taschenuhr nur 3,50 Mk.
Nr. 3, Herren-Anker-Remontoiruhr, prima vernickelt, 3,50 Mk. Nr. 4, dieselbe, vergoldet mit Goldrand, Schornier, ovalem Bügel, 4,40 Mk. Nr. 5, dieselbe, ab. m. besserem Werk, 5,60 Mk. Nr. 6, Savonnetteuhr, 3 Deckel, vergoldet, hochfeine Uhr, 11,25 Mk. Nr. 7, Damen-Anker-Remontoiruhr, echt versilb. mit Goldrand, 6,40 Mk. Nr. 8 Armbanduhr, mit guten Lederriemen, 6,40. Kette, vernickelt, 0,40 Mk., Kavalierkette, echt vergoldet, 1,40 Mk. Jede Uhr hat 3jähriges, genau reguliertes Werk.
Versand gegen Nachnahme. Garantie für jede Uhr. Katalog gratis!
Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3

800 Pakete täglich franko 1 Dose ca. 25 Delikatsträringe ff. u. 1 Dose ff. Rollmops u. 1 Dose Ia. Bratheringe u. 1 Dose Ia. Bismarckher. u. 1 Dose Ia. Gelcheer. u. 1 Kiste ff. Bücklinge u. Dose neue Oelsardin. u. einige ff. Mattjesher. zusammen 6½ Mk., 40 Ia. Rollmops und 40 Ia. Delikat. oder Bismarckh. zus. 5½ Mk.
E. Degener, Konf.-Fabr. a. 1881 Swinemünde II.

Böhmische Bettfedern
füllfertig, von 9 Pfund Versand portofrei gegen Nachnahme. Ein Pfund halbweiße Mk. 2.—, 2.50, flaumige weiße Mk. 3.80, 4.50, Flaumrupf 5.—, Spezialität 6.50, Daunen 7.50, 8.—, 10.50 Mk. Muster und ausführl. Preisliste über gebrauchsfertige Betten zms.
Josef Christl Nachf., Eham 441, (bayr. Wald)
Umtausch gestattet oder Geld retour.

Geld sparen
und doch gut kaufen ist heute Pflicht. Ich verschicke keine Wochenblattlotterie, die der Käufer ja doch bezahlen muß, sondern reell. Preislisten, daher billiger als die Konkurr.
Rosen,
Beerensträucher, Obstbäume, winterh. Stauden, alte Sorten Pfirsiche, Kletterer etc.
Gemüse- u. Blumensaat
in la. fortwachsender, hochkeimfähiger Qualität. Preislisten frei.
Jakob Jaeger, Bergedorf 19.

Breuer's Strangtabak
aus der alten Tabakfabrik Ludwigs-Breuer, Köln
allgemein beliebt.
Kleinverkaufspreis Mk. 1,75 pro Rolle.
Breuers Goldbend in 1/4 Pfd. Mk. 0,90.



Buchdruckerei u. Buchhandlung
H. Hansmann & Co
liefern Drucksachen aller Art für Zahlstellen:
Bandzettel, Flugblätter, Rundschreiben, Mitteilungen, Briefbogen, Programme, Eintrittskarten, Plakate, Diplome u. s. w.
Bochum, Wiemelhauser Straße 42

Jeder kann froh wieder aufatmen,
der als Lösungsmittel gegen festsitzenden Schleim bei Erkrankungen der Luftwege und Lunge Anithym gebraucht, ein reines Naturprodukt, Bonbons von angenehmem Geschmack. Wie der Name schon andeutet, handelt es sich bei Anithym um ein Präparat aus Anis und Thymian. Beiden Pflanzen wird mit Recht seit alter Zeit schon eine große Heilwirkung zugeschrieben, die darauf beruht, daß sie ätherische Oele enthalten. Diese sind die eigentlichen Träger der Heilkraft. Wie wirkt nun Anithym? Es löst den Schleim. Dies sagt an sich alles! Jeder, der bei Erkrankungen des Halses oder der Lunge sich kaum noch seines Lebens freuen kann, da ihn ständiger Hustenreiz und Auswurf quälen und ihm Tag und Nacht nicht Ruhe lassen, weiß, was dies heißt. Der festhaftende Schleim wird durch Anithym gelockert und verflüssigt; hierdurch ist er leicht auszuwerfen, ohne daß Hustenreiz oder Schmerzen auftreten, ohne daß Blut mit abgeht. Das ist ein außerordentlicher Gewinn, denn gerade der Hustenreiz ist es, der überflüssige Anstrengungen von allen Organen der Lunge und des Halses fordert. Dies beruhigt sich sofort. Anithym erfüllt durch seinen Gehalt an ätherischen Oelen aber noch eine zweite ebenso wichtige Aufgabe, nämlich durch seine keimtötende Wirkung die Vernichtung der verschiedensten Krankheitskeime, der Bazillen. Diese müssen bei allen Hals- und Lungenleiden zuerst beseitigt werden. Die Bazillen sind bekanntlich nach den Untersuchungen vieler Autoritäten die Erreger und Verbreiter der Krankheiten, speziell der Hals- und Lungenübel. Anithym wird mit sicherem Erfolg angewandt bei Husten, Halsentzündungen, Kratzen im Halse, Schnupfen, akutem und chronischem Katarrh, Heiserkeit, Luftröhrenentzündung, Keuchhusten der Kinder, Grippe, Lungenentzündung, besonders auch bei dem atemraubenden Asthma und bei tuberkulösen Husten. Anerkennungen gehen immer mehr ein und lauten ähnlich, wie nachstehend: „Ich litt den ganzen verflossenen Winter an Lungen-Asthma- und Herzmuskel-Erkrankung, hatte immer sehr schwere Asthmaanfälle, so daß ich bei Nacht im Bett unbedingt nicht verbleiben konnte. Es war wirklich zum Ersticken, trotzdem ich immer in ärztlicher Behandlung stand. Alles Rauchen mit Asthmapulver und Extrakt war gänzlich unfruchtbar. Lange Zeit nahm ich täglich zweimal Ballmannstee, aber vergebens. Meine Anfälle wurden nicht geringer. Da las ich von Ihrem Präparat Anithym. Ich machte einen Versuch und bestellte mir 4 Schachteln. Schon nach Einnahme der zweiten Schachtel spürte ich eine sehr große Erleichterung, und die Anfälle kamen weniger. Nach Verbrauch der vier Schachteln war der Husten bereits verschwunden. Ich bestellte sofort acht weitere Schachteln, und auf diese waren die furchtbaren Asthmaanfälle gänzlich verschwunden, sowie auch der Husten. Ich bin Ihnen [illegible] und kann jedermann, der an dieser furchtbaren Krankheit leidet, Anithym bestens empfehlen. Achtungsvoll Ludwig Stängl, Bezirksgärtner a. D., Rohrsteeten, Post Lalling, Niederbayern. Aehnliche Urteile liegen auch für andere Hals- und Lungenerkrankungen in großer Zahl vor.
Der Preis für Anithym ist ein sehr mäßiger; für 14 Tage reichen etwa acht Schachteln, die für 5,20 Mark franko versandt werden. Kleinste Packung = vier Schachteln für 2,70 Mark.
Apotheker F. Kost, Dresden 58, Schweizer Strasse 8.
Postscheckkonto 7915 Dresden.

Vier empfehlenswerte Pflanzkartoffeln
Allerfrühreife Juli-Nieren mit gelber Schale und gelbem Fleisch, 1 Ztr. 10 M., ½ Ztr. 5,50 M.,
Odenwälder Frühe, hochertragreich, mit goldgelbem Fleisch, 1 Ztr. 8,50, ½ Ztr. 4,50, ¼ Ztr. 2,50 Mk.
Safrana oder Industrie, hochfeine geißfleischige Herbstkartoffel, 3 Ztr. 22 M., 1 Ztr. 8 M., ½ Ztr. 2,50 M.
Sitrone, mittelfrühe Delikatessenkartoffel mit citronengelbem Fleisch. Die Kartoffel für Feinschmecker, 1 Ztr. 8 M., ½ Ztr. 4,50 M.
30 Pak. Gartengemüsesamen, elf feinste f. Schrebergärten, starke Packungen u. genügend, eine Familie das ganze Jahr hindurch anreichend mit Gemüse zu versorgen, nebst Anleitung zum Anbau, zusammen für M. 6,—. Prinzessa, die feinste Erbse zum Grünpflücken, Pfd. 90 Pfg. Buschbohnen, feinste Sorten, Pfd. 1 M., 20 Port farbenprächtiger Gartenblumen 3 Mk.
Katalog kostenlos
v. Rosenberg G. m. b. H., Samenzucht, Leipzig-Oetzsch 106.

Harzer
Heilkräuter-Kuren
gegen alle Krankheiten erfolgreich.
Heilpackung 3.60 Mk.
bei Voreinf. des Betrages. Nachn. 4.10 Mk.
Harzer Versandhaus für Heilkräuter
Domplatz 11 Halberstadt Domplatz 11

Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste Fabrikpreise. Schallplatten 2,50 Mk.
Ernst Heß, Nachf., Ggr. 1872
Klingenthal Sa. 479
Großer Katalog gratis.

Billige böhmische Bettfedern
1 Kilo graue geschlissene, Gm 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm, Versand porofrei, zollfrei gegen Nachnahme, Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Der Qualitätsstiefel für Alle.
Versandpreis nur RM. 14,00
in Ausführung, Rindleder Natur.
Zweischlig durchlaufend m. geschlossener Lasche, schwerem Beschlag
Lieferung an jedermann unter Nachn.
Umtausch gestattet bezw. bei Nichtgefallen Geld retour.
Ebert & Liebl, Schuhwarenversand
Regensburg, Telefon 716.

Lustige Gesellschaft steckt an!
Sie finden sie in unserem
Lustigen Buche des Humors.
Dasselbe enthält die kapitalsten neuesten Witze, Vorträge u. Tonpiels. Sie werden sich kugeln. Sie können überall tosende Lachse hervorrufen! Dieses Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Freude und macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis RM. 1,60.
Kongress-Verlag, Abt. 109, Dresden A, Marschallstr. 27

Unverwüstlich
Persil
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife, à Stck. 60 Pfg. (15% ig), Mk. 1.— (25%ig) u. Mk. 1,50 (35%ig, stärkste Form) eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zucker's Creme à 45, 65 und 90 Pfg. nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien u. Friseurgeschäften erhältlich.

Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik
Paul Hoyer, Delitzsch
(Provinz Sachsen), Angerstrasse 4
sendet Ihnen wieder genau so gut wie früher, äusserst billig (zu Fabrikpreisen)
Federn und Inletts
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei.

Direkt an Private zu sehr billigen Preisen:
Jagdrad-Fahrräder
sowie Fahrrad-Ersatz- u. Zubehörteile, Motorräder, Uhren, Gold-, Silber- u. Lederwaren, Gesellschaftsgegenstände aller Art, Musikinstrumente, Geschenkartikel
Burgmüller-Waffen
wie Teschings, Revolver, Pistolen, Luftgewehre, Jagdflinten, Munition und Jagdausrüstungsgegenstände
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
H. Burgmüller & Söhne
MREMEN am Korn Nr 21
50

Rosen
niedrig veredelte, kräftige, im ersten Jahr reichlich blühende Exemplare, in erstklassigen Prachtsorten mit Namen à 50 Pfg., extra starke Kletterrosen à 1,16 Mk., Gladiolenzwiebeln, Brillantmischung, im herrlichsten Farbenspiel, 25 St. 3,— Mk., 100 St. 10,— Mk. Versand bei frostfreiem Wetter. Bestellungen, welche jetzt einlaufen, werden bei Eintritt frostfreier Witterung portofrei ausgeführt. Zahlreiche Anerkennungen, schreiben und Nachbestellungen.
Herm. Knibbe, Halle a/S.
Liebenauerstraße 12.

Laubsägerei
Kerbschnitt und Holzbrand Werkzeuge, Holz, Vorlagen etc. in groß. Ausw. bill. Katalog grat.
J. Brendel, Mutterstadt 26 Pfalz

Die beste Bettenfüllung sind Gänsefedern
Schlachtvolf mit Daunen Pfund 3,— Mk., füllfert. Rupfedern 5,— Mk., Halbdaunen 6,— Mk., ¾ Daunen 7,50 Mk., weiße Bettdaunen 12,— Mk., gerissene Bettfedern 3.60, 4,75 Mk., weiße 5,60 Mk., daunige 7,50, 8,50 Mk. Muster frei! Zurücknahme bei Nichtgefallen.
W. Barowniek, Gänsemästerei, Neu-Trebbin 44, Oderbr.